

# RELIGION & GESELLSCHAFT

IN OST UND WEST

RGOW 2/2022  
50. Jahrgang



## Neuaufstellung

Zentralasien nach dem Machtwechsel  
in Afghanistan

**Vassily Klimentov:**  
Wachsende Bedrohung?  
Die Taliban  
und der Islamismus  
in Zentralasien

**Shairbek Dzhuraev:**  
Neuer Wein  
in alten Schläuchen:  
Politischer Machtwechsel  
in Kirgistan

**Andrej Grischin:**  
Verweigerte Hilfe.  
Kasachstan und die  
kasachische Minderheit  
in China

## INHALT

## ZENTRALASIEN

- Andrej Grischin  
**3 Der Alte tritt ab. Offene Fragen nach den Unruhen in Kasachstan**
- Arkady Dubnov  
**6 Gestiegener Einfluss. Russland und Zentralasien nach dem Sieg der Taliban**
- Timothy Nunan  
**9 Fehlgeschlagenes Experiment. Afghanistan als Bühne sowjetischer Entwicklungskonzepte**
- Vassily Klimentov  
**12 Wachsende Bedrohung? Die Taliban und der Islamismus in Zentralasien**
- Beate Eschment  
**15 Taktisches Manöver. Tadschikische Reaktionen auf den Sieg der Taliban**
- Brian G. Carlson  
**18 Die Taliban im Fokus Chinas und Russlands**
- Shairbek Dzhuraev  
**22 Neuer Wein in alten Schläuchen: Politischer Machtwechsel in Kirgistan**
- Andrej Grischin  
**25 Verweigerter Hilfe. Kasachstan und die kasachische Minderheit in China**

## PROJEKTBERICHT

- Regula Spalinger, Elena Lepeschonok  
**28 „Mit Rat und Tat“ fördert Witwen als Kleinunternehmerinnen**

## BUCHBESPRECHUNGEN

- Jakob Lempp, Sebastian Mayer, Alexander Brand (Hg.)  
**30 Die politischen Systeme Zentralasiens**
- Fabienne Bossuyt, Bart Dessein (eds.)  
**The European Union, China and Central Asia**
- Markus Mirschel  
**31 Bilderfronten**
- Gero Fedtke  
**Roter Orient**

Titelbild: Industrielandschaft in Aktau, der kasachischen Hafenstadt am Kaspischen Meer (© Regula Zwahlen).

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Liebe Leserin  
Lieber Leser

In Zentralasien werden die Karten neu gemischt. Die Machtübernahme der Taliban und der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan, die Unruhen in Kasachstan sowie der Regimewechsel in Kirgistan – in Zentralasien kündigen sich innen- wie außenpolitisch Neuaufstellungen an. Die Anfang des Jahres ausgebrochenen Massenproteste im größten zentralasiatischen Land Kasachstan haben eine Region wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt, die zumeist im Windschatten internationaler Aufmerksamkeit liegt. 225 Tote, über 4 000 Verletzte und mehrere tausend Verhaftete sind die traurige Bilanz der Ereignisse, die als friedliche Protestbewegung gegen eine Erhöhung der Kraftstoffpreise begannen und in teils gewalttätige Auseinandersetzungen umschlugen. Die Hintergründe sind zwar noch nicht geklärt, doch zeigen die Proteste, dass die Frustration der Bevölkerung über die autoritären Regime in der Region und die grassierende Korruption wächst.

Außen- und sicherheitspolitisch stellt der Machtwechsel in Afghanistan im August 2021 die zentralasiatischen Länder vor neue Herausforderungen. Es geht die Sorge um, dass sich aus Afghanistan vermehrt militanter Islamismus nach Zentralasien ausbreitet. Mit dem Rückzug der USA haben sich auch die geopolitischen Gewichte in der Region verschoben: Russland und China versuchen ihren Einfluss zu vergrößern – die offene Frage ist, ob die beiden Großmächte kooperieren oder neue Konfliktlagen entstehen.

In Zusammenarbeit mit dem Center for Eastern European Studies (CEES) der Universität Zürich nehmen wir die aktuellen Entwicklungen in Zentralasien in den Blick. Arkady Dubnov und Brian G. Carlson beleuchten die machtpolitischen und wirtschaftlichen Ambitionen Russlands und Chinas und deren Auswirkungen auf die Handlungsspielräume der zentralasiatischen Republiken. Timothy Nunan blickt auf das sowjetische Entwicklungsexperiment in Afghanistan zurück und zeigt auf, wie das Land während des Kalten Krieges zu einem Feld rivalisierender Modernisierungsbemühungen wurde. Die politische Führung in Tadschikistan hat im Gegensatz zu Usbekistan und Turkmenistan, die ebenfalls an Afghanistan grenzen, die Machtübernahme der Taliban scharf kritisiert und zur Unterstützung der afghanischen Opposition aufgerufen – allerdings in erster Linie, um von inneren Problemen abzulenken, wie Beate Eschment argumentiert. Das Feindbild Islamismus passt zur Haltung zentralasiatischer Herrscher, die sich gerne äußerer Feindbilder bedienen, um eigenes Unvermögen zu verschleiern oder ihre Repressionspolitik gegen Kritiker im Innern zu rechtfertigen, wie dies auch Vassily Klimentov in seinem Beitrag darlegt.

Jüngstes Beispiel dafür sind die gewaltsamen Unruhen in Kasachstan, die der dortige Präsident Kasym-Schomart Tokajev von „ausländischen Terroristen“ provoziert sah, während vermutlich Mitglieder des Clans von Altpräsident Nazarbajev dafür verantwortlich sind. Damit rechtfertigte er eine „Antiterroroperation“, die mit Verhaftungen und Folterungen von friedlichen Demonstranten einhergingen, wie Andrej Grischin berichtet. Mit antiterroristischen Erziehungsmaßnahmen begründet auch China seine brutale Assimilierungspolitik gegenüber muslimischen Minderheiten in Xinjiang. Grischin fokussiert insbesondere auf den Umgang der Volksrepublik mit der kasachischen Minderheit und zeigt, wie die kasachische Regierung aufgrund wirtschaftlicher Interessen die Augen vor den Menschenrechtsverletzungen verschließt. In Kirgistan kam es bereits im Herbst 2020 nach Massenprotesten zu einem Regimewechsel – von einem Politikwechsel kann laut Shairbek Dzhuraev jedoch keine Rede sein: Auch das neue Regime konzentriert sich auf den Ausbau eines klientelistischen Pyramidensystems.

Alle Beiträge zeigen: Zentralasien ist in Bewegung – es lohnt sich genauer hinzuschauen.

Jeronim Perović  
Wissenschaftlicher Direktor des CEES

Stefan Kube  
Chefredakteur RGOW

Andrej Grischin

# Der Alte tritt ab. Offene Fragen nach den Unruhen in Kasachstan

Anfang Januar entzündeten sich in Kasachstan landesweite Proteste an gestiegenen Gaspreisen. Die zunächst friedlichen Kundgebungen schlugen in Gewalt um, die Sicherheitskräfte schossen auf Demonstranten und folterten Verhaftete. Es gibt Hinweise auf eine Verwicklung von Sicherheitskräften und Familienmitgliedern des früheren Präsidenten in die Unruhen. Der aktuelle Präsident Tokajev beschuldigt zwar ausländische Terroristen, begann aber gegen seinen Vorgänger und dessen Umfeld vorzugehen.

Am 18. Januar, zwei Wochen nachdem Kasachstan von teils gewalttätigen Massenprotesten erfasst worden war, trat der frühere Präsident Nursultan Nazarbajev im Fernsehen auf und

**Andrej Grischin**, Journalist, Kasachisches Internationales Büro für Menschenrechte und Einhaltung der Gesetzlichkeit (*bureau.kz*), Almaty, Kasachstan.

verkündete seinen Rückzug von der Macht. Es war offensichtlich, wie schwer ihm die Worte fielen: *„Ich teile mit, dass ich 2019 die volle Macht an Präsident Kasym-Schomart Tokajev übergeben habe und seither*

*Rentner bin. Zurzeit befinde ich mich im verdienten Ruhestand in der Hauptstadt Kasachstans.“*

„*Schal, ket!*“ (Alter Mann, hau ab!) war die wichtigste Losung während der Proteste, die am 2. Januar 2022 begonnen hatten. Die Empörung hatte sich an der Verdoppelung des Preises für Flüssiggas entzündet, das in der Region Mangistau gefördert wird, und das die Mehrheit der dortigen Autofahrer tankt. Die erste Protestkundgebung fand in Schanaozen, einer Stadt in Westkasachstan, statt, in der bereits 2011 auf streikende Erdölarbeiter geschossen worden war. Diesmal weiteten sich die Protestaktionen schnell auf die ganze Region aus. Neben wirtschaftlichen erklangen nun auch politische Forderungen, unter anderem nach einem vollständigen Rückzug Nazarbajevs aus der Politik.

Kasachstan ist reich an Bodenschätzen, doch vom Rohstoffreichtum profitierte praktisch nur das Umfeld Nazarbajevs. Zudem grassierte die Korruption und die Willkür von Polizei, Sicherheitskräften und Richtern. Nazarbajevs Prinzip „Zuerst die Wirtschaft, dann die Politik“, das seinen Unwillen widerspiegelte, Kasachstan zu einer Demokratie zu machen, funktionierte nicht. Während seiner 30-jährigen Herrschaft blieb die kasachische Wirtschaft abhängig vom Verkauf von Bodenschätzen und ausländischen Darlehen. Zwei Wochen vor dem Beginn der Proteste feierte Kasachstan den 30. Jahrestag seiner Unabhängigkeit mit neuen Ehrungen der Verdienste Nazarbajevs und der Verteilung von hunderten staatlichen Auszeichnungen an Beamte und Großunternehmer.

2019 war Nazarbajev, der seit 1989 an der Macht war, offiziell vom Präsidentenamtzurückgetreten und hatte den Diplomaten Kasym-Schomart Tokajev zu seinem Nachfolger



Die anfangs friedlichen Massenproteste in Almaty schlugen in Gewalt um.  
Foto: Kasachisches Internationales Büro für Menschenrechte (*bureau.kz*)

bestimmt.<sup>1</sup> Mit seinem ersten Erlass benannte Tokajev, der auf dem Höhepunkt seiner diplomatischen Karriere 2011–2013 stellv. Generalsekretär der UN gewesen war, die Hauptstadt Astana zu Ehren des *Elbasy*, des „Anführers der Nation“, so der in der Verfassung festgehaltene Titel Nazarbajevs, ungeachtet der Entrüstung in der Bevölkerung in Nur-Sultan um. Der ehemalige Präsident blieb zudem Vorsitzender des Sicherheitsrats, der laut der kasachischen Verfassung über größere Vollmachten als der Präsident verfügt. Seine Familie, deren Vermögen auf bis zu 100 Mia. Dollar geschätzt wird, beherrschte weiterhin die lukrativsten Wirtschaftsbereiche.

## Friedliche Proteste schlagen in Gewalt um

Nach den anfänglichen „Gaskundgebungen“ unterstützte auch die zahlenmäßig kleine Opposition die Proteste. Am Abend des 4. Januar trieb die Polizei in Almaty, der größten Stadt des Landes, und in anderen Städten Demonstrationen mit Hunderten Teilnehmenden auseinander. In Almaty hatten sich bis zu 5 000 Personen versammelt und marschierten zur Stadtverwaltung. In der Nähe des Hauptplatzes empfingen Polizeieinheiten die Menge mit Blendgranaten, Tränengas und Gummischrot. Ein Teil der Demonstrierenden begann, Autos umzuwerfen und anzuzünden, darunter Polizeiautos. Als es ihnen nicht gelang,

1) Vgl. Eschment, Beate: Das Ende der Ära Nasarbajev in Kasachstan: Planerfüllung um jeden Preis? In: RGOW 47, 6 (2019), S. 3.



Das Gebäude der Stadtverwaltung in Almaty wurde während der Januarunruhen in Brand gesteckt. Foto: Nick Melnichenko/Shutterstock.com

zur Stadtverwaltung vorzudringen, begannen einzelne Gruppen auf den Hauptstraßen Schaufenster, Werbetafeln und parkende Autos zu zerstören. Gegen Morgen beruhigte sich die Lage, und der Bürgermeister teilte mit, dass die Polizei die Situation unter Kontrolle habe. Einige Stunden später kam es jedoch zu neuen Zusammenstößen, obwohl Präsident Tokajev bereits zu diesem Zeitpunkt verkündet hatte, dass die Flüssiggaspreise für alle auf das vorige Niveau zurücksetzt worden seien.

In Almaty zogen am 5. Januar Zehntausende ins Stadtzentrum. Gleichzeitig versuchten in anderen kasachischen Großstädten Menschenmengen Stadtverwaltungen und Einrichtungen der Sicherheitskräfte zu stürmen. Die Polizei gab dem Ansturm nach und lief davon. Nun tauchten auch Demonstranten mit Blank- und Feuerwaffen auf. Gegen Abend brannten in Almaty die Stadtverwaltung, die Staatsanwaltschaft, die Präsidentenresidenz und der Sitz der Regierungspartei *Nur Otan*. Auch in anderen Städten wurden administrative Einrichtungen angezündet, und es gab Versuche, Flughäfen zu besetzen. Es wurde deutlich, dass die Polizei und Sondereinheiten entweder nicht fähig oder nicht willens waren, die Situation zu meistern; das Militär trat gar nicht erst in Erscheinung. Vor diesem Hintergrund bat Präsident Tokajev die *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS, ein Militärbündnis von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan) um Hilfe. Denn offenkundig handelte es sich nicht einfach um Proteste, denen sich die Bewohner armer Gegenden angeschlossen hatten, sondern es hatten sich auch Gruppen unter die Demonstrierenden gemischt, deren Ziel eine Destabilisierung des Landes war.

Am Morgen des 6. Januar eröffneten Soldaten in der Nähe des Hauptplatzes von Almaty das Feuer auf mehr als 100 Protestierende. Abends versammelten sich am gleichen Ort noch einmal Hunderte Menschen friedlich und wurden ebenfalls beschossen. Einen Tag später verkündete Präsident Tokajev der Bevölkerung, dass das Land von einer „Bande Terroristen“ angegriffen worden sei, und erteilte den Sicherheitskräften und Soldaten den Befehl, ohne Vorwarnung zu schießen. Die „Antiterroroperation“, die ganz Kasachstan umfasste, dauerte fünf Tage an. Bewaffnete Gruppen versuchten weiterhin, Polizeieinheiten und Gefängnisse anzugreifen. Vor allem in Almaty

kam es zu intensiven Schusswechseln, die unbeteiligten Passanten das Leben kosteten. Das Militär schoss teilweise auf friedliche Zivilisten, darunter auf Autos von Familien mit Kindern.

### Auf der Suche nach Schuldigen

Offiziell endete alles mit der Aufhebung der außerordentlichen Lage am 19. Januar. Präsident Tokajev versprach eine „Manöverkritik“, vor allem unter den Sicherheitskräften. Aber nach der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung ist noch eine weitere Aufgabe zentral: Nicht nur die Opfer und Schäden zu erfassen, sondern auch die Verantwortlichen zu finden oder wenigstens zu „bestimmen“.

Laut der Generalstaatsanwaltschaft sind während der Januarereignisse 225 Personen ums Leben gekommen (darunter 19 Mitarbeiter der Sicherheitsorgane) und über 4000 Menschen wurden verletzt. Den angerichteten Schaden schätzte Tokajev auf zwei bis drei Mia. US-Dollar. Es sieht allerdings aus, als würde die Zahl der Toten noch wachsen, da weiterhin Dutzende vermisst werden. Außerdem werden rund 10000 Personen im ganzen Land wegen Beteiligung an den Protesten und Unruhen festgehalten. Dabei gehen die Berichte über Folter in die Hunderte: Menschen werden mit kochendem Wasser übergossen, mit Bügeleisen verbrannt, Knochen werden gebrochen. Immer noch holt die Polizei Menschen aus ihren Häusern und bringt den Verwandten verstümmelte Leichen zurück. In einigen Städten wurden Sportsäle oder Garnisonen mit Gefangenen gefüllt, ohne Anwälten und Bürgerrechtlern Zugang zu gewähren.

Obwohl Tokajev seinen Tweet über einen Angriff auf Almaty durch 20000 „Terroristen“ mittlerweile gelöscht hat, wurde das Narrativ von einem Angriff ausländischer Kämpfer mit dem Ziel der Machtergreifung zur offiziell dominanten Version. Dieses rechtfertigte auch das Ersuchen an die OVKS, „strategische Objekte zu schützen“, und lenkte von der Beteiligung von Verwandten Nazarbajevs, die über den wachsenden Einfluss Tokajevs besorgt waren, an den Unruhen ab. In seiner ersten Rede nach der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung beschuldigte Tokajev dagegen „bestimmte Bürgerrechtler und Aktivisten“, „sog. freie Medien“ und „Akteure aus Übersee“, vertiefte aber dieses Thema nicht weiter.

Der erste im staatlichen Fernsehen präsentierte „ausländische Kämpfer“ erwies sich als bekannter Jazzmusiker aus Kirgistan, der zu einem Gastspiel nach Almaty gereist war (das Militär hatte ihn beim Versuch auszureisen festgenommen und gezwungen, sich selbst zu belasten). Die meisten Medien reproduzierten die offizielle Information, dass Protestierende Polizisten die Köpfe abgeschnitten hätten, legten jedoch keine Beweise dafür vor. Es musste um jeden Preis gezeigt werden, dass radikale Islamisten am Werk gewesen seien. Ende Januar wurde die wenig bekannte islamische Bewegung *Jakyn Inkar* aus Kirgistan, ein Flügel der Organisation *Tablighi Jamaat*, der Beteiligung an „terroristischen Attacken“ beschuldigt. Beide sind in Kasachstan und Kirgistan verboten, sind aber zuvor nicht mit gewalttätigen Angriffen und nur schon Aufrufen dazu aufgefallen. Dennoch könnten radikale Islamisten und mit ihnen sogar von den Behörden kontrollierte Kriminelle eine Rolle gespielt haben, dass die zunächst friedlichen Proteste in Gewalt umschlugen.



Der kasachische Präsident Kasym-Schomart Tokajev pflegt gute Beziehungen zu Vladimir Putin. Foto: kremlin.ru

Am 8. Januar wurde Karim Masimov verhaftet, der Vorsitzende des Komitees für nationale Sicherheit, sowie zwei seiner drei Stellvertreter. Allen wird Hochverrat vorgeworfen. Zudem gab es Berichte, dass auch der erste Stellvertreter Masimovs, Samat Abisch, und der frühere Leiter der Sondereinheiten, Kajrat Satybaldy, verhaftet worden sein. Beide sind Neffen von Nazarbaev und gelten als einflussreiche Anhänger radikaler religiöser Ansichten. Offiziell wurden die Verhaftungen dementiert, obwohl Abisch von seinem Posten entfernt wurde.

### Beginn der „De-Nursultanisierung“

Neben den Verhaftungen ranghoher Vertreter der Sicherheitsdienste begann ein schrittweiser Angriff auf das Vermögen der Familie des Elbasy sowie eine politische Entmachtung von Nursultan Nazarbaev und seiner Familienmitglieder. Als erstes verkündete Tokajev, dass er selbst ab dem 5. Januar den Sicherheitsrat leite. An einem Treffen mit Großunternehmern erklärte er, dass „laut internationalen Experten 162 Personen über die Hälfte des Wohlstands von Kasachstan verfügen. Dabei betragen die monatlichen Einkünfte der Hälfte der Bevölkerung

gerade mal 50 000 Tenge (ca. 100 Euro).“ Die milliarden-schweren Fonds unter der Kontrolle der Familie von Nazarbaev kamen so ans Licht. Ohne die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten, verließen der Bruder und zwei Töchter Nazarbaevs (eine war Parlamentsabgeordnete) das Land.

Ungeachtet dieser „De-Nursultanisierung“ und den Beteuerungen des Präsidenten über künftige wirtschaftliche Verbesserungen verlangt die Gesellschaft Aufklärung über den Schießbefehl, die Folterungen und Verhaftungen von friedlichen Demonstrierenden. Auch die westlichen Länder haben ihre Rhetorik verschärft und drängen auf eine internationale Untersuchung der Januarereignisse und ein Ende der massenhaften Anwendung von Folter. Das Europäische Parlament rief in einer Resolution vom 20. Januar die kasachische Regierung auf, „Terrorismus“-Vorwürfe auf der Basis allzu breiter Interpretationen zu unterlassen und „zwischen friedlichen Protestierenden und denjenigen zu unterscheiden, die Gewalt anwandten und nach internationalen Normen Verbrechen begingen.“ Außerdem forderten die EU-Parlamentarier „angemessene“ Sanktionen gegen schuldige Beamte zu verhängen.<sup>2</sup> Im US-Kongress fanden geschlossene Anhörungen zu Kasachstan statt, und das britische Parlament rief zu Sanktionen auf.

Präsident Tokajev verkündete hingegen, dass „wir selbst damit fertigwerden“, und dass keine internationale Untersuchung nötig sei, zudem bezeichnete er die Resolution als „nicht objektiv und verfrüht“. Auch nach der Erschießung streikender Ölarbeiter in Schanaosen 2011 hatte Kasachstan eine internationale Untersuchung abgelehnt und die Schuld an der Gewalteskalation den Protestierenden und der kleinen Opposition zugeschrieben. Immerhin nennen die staatlichen Medien seit kurzem die Hauptstadt nicht mehr Nur-Sultan, sondern verwenden für sie das kasachische Wort für Volkshauptquartier: „Jelorda“.

Übersetzung aus dem Russischen: Natalija Zenger.

2) [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0012\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0012_EN.html).

## RELIGION & GESELLSCHAFT IN OST UND WEST

### Islam im postsowjetischen Raum

Beiträge aus der Zeitschrift RGOW 2011–2019



Gerd Stricker: Islam in Russland  
Ekaterina Khodzhaeva: Religiöse Identität von Jugendlichen in Tatarstan  
Oleg Yarosh: Die ukrainischen Muslime nach der „Revolution der Würde“  
Olana Soboleva: Krimtatarische Religiosität: zwischen Privatem und Politik  
Denis Brylov: Die transnationale Sufi-Bewegung Al-Ahbasch in der Ukraine  
Ljudmila Kopach: Die muslimischen Tataren in Weißrussland  
Annette Krämer: Der Islam in Zentralasien  
Mariya Y. Omelicheva: Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien  
Alisher Khamidov: Islam in Kirgistan seit 1991

Herausgeber: Institut GZW  
Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West  
Zürich 2020 [www.gzw.eu](http://www.gzw.eu)

## Themendossier: Islam im postsowjetischen Raum

Das Dossier kann für CHF 15.–/€ 13.–  
(zzgl. Versandkosten) unter

[www.g2w.eu](http://www.g2w.eu)

oder per Mail an

[sekretariat@g2w.eu](mailto:sekretariat@g2w.eu)

bestellt werden.

Arkady Dubnov

# Gestiegener Einfluss. Russland und Zentralasien nach dem Sieg der Taliban

Den Rückzug der USA und der NATO aus Afghanistan versucht Russland in seinem Sinne auszunutzen. Zum einen geht es darum, den Einfluss der USA in der Region zu minimieren, und zum anderen die zentralasiatischen Staaten enger an Moskau zu binden. Usbekistan weigert sich jedoch weiterhin, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit beizutreten.

Der Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 markierte das Ende des 20-jährigen Kriegs des Westens in Afghanistan und war zweifellos ein historisches Ereignis. Dessen machtpolitische Folgen zeigen sich bereits jetzt in Zentralasien und in Russland.

**Arkady Dubnov**, Politischer Analyst beim Carnegie Moscow Center.

Der Afghanistan-Krieg war für die USA eine sehr lange und tragische, aber doch nur eine Episode, während Russland auf eine 150-jährige Geschichte der Beziehungen mit Afghanistan zurückblickt. Denn die Entstehung und Ausdehnung des russländischen Imperiums wurde im 19. Jahrhundert im Wettbewerb mit dem britischen Imperium bestimmt. Die Eroberungen des Zarenreichs in Zentralasien waren vor allem daraufhin ausgerichtet, die Region als Pufferzone gegen die Briten in Südasien einzurichten. Damals begann das sog. *Great Game* zwischen dem maritimen und dem kontinentalen Imperium.<sup>1</sup> Der Krieg der Sowjetunion in Afghanistan (1979–1989) verfolgte im Wesentlichen dasselbe Ziel: aus Afghanistan eine Pufferzone gegen ein mögliches Vordringen des Westens in den sowjetischen Raum nach Zentralasien zu machen. Die Argumente des Kremls, er müsse die Interessen des Sozialismus im rückständigen feudalen Land vertreten, waren bloß ein ideologischer Deckmantel. Allerdings muss man auch anerkennen, dass es der USA gelungen war, die alten Herren im Kreml mit Breschnew an der Spitze zu diesem Afghanistanabenteuer zu provozieren, denn in Moskau glaubte man damals wirklich, die NATO wolle Afghanistan zu ihrem Aufmarschgebiet machen.

Der sowjetische Krieg in Afghanistan war nicht nur ein Grund für den Zerfall der UdSSR, sondern er brachte auch ein weltweit bisher unbekanntes Phänomen hervor: den Dschihad der Islamisten gegen die sowjetischen „Kafir“ („Ungläubige“). 1981 verkündeten die „Peschawar-Sieben“ – sieben führende afghanische Politiker – den Beginn des bewaffneten Kampfs gegen die sowjetische Intervention, was die Guerilla-Gruppierungen der Mudschahedin hervorbrachte. In diesem Sinne trägt Moskau die historische Verantwortung für das Entstehen des islamistischen Widerstands gegen die Expansionen des Westens, und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern auch in anderen Weltregionen.

## Russisch-amerikanische Konkurrenz in der Region

In den ersten Jahren des US-Einsatzes in Afghanistan ab 2001 verlief die „Operation Enduring Freedom“ mit der Unterstützung Moskaus. Dem russischen Präsidenten Vladimir Putin kam der amerikanische Krieg gelegen, denn er hemmte die Aktivität der Islamisten und schränkte deren Handlungsspielraum in den südlich von Russland gelegenen zentralasiatischen Staaten ein. Die russische Regierung erlaubte Washington sogar, den Flugplatz in Uljanovsk an der Wolga als Umschlagbasis für das nördliche Versorgungsnetz der US-Truppen in Afghanistan zu benutzen. Dies stellte einen Höhepunkt der russisch-amerikanischen Kooperation dar. Doch als in der Region – in Kirgistan und in Usbekistan – weitere US-Militärbasen entstanden, änderte sich Moskaus Haltung gegenüber der militärischen Präsenz der USA in Zentralasien. Unter anderem auf Druck Moskaus verließen die US-Truppen 2014 Kirgistan.<sup>2</sup>

Eine analoge und scheinbar erfolgreiche Politik verfolgte Moskau auch am Kaspischen Meer. Mit dem Zerfall der UdSSR vergrößerte sich die Anzahl der Anrainerstaaten am Kaspischen Meer von ehemals zwei auf fünf: Aserbaidschan, Iran, Kasachstan, Russland und Turkmenistan. Somit entstand die Herausforderung, einen neuen Status zu schaffen, um diesen an natürlichen Ressourcen reichen Wasserspeicher, der als See gilt, unter fünf Parteien aufzuteilen. Für Russland und Iran, die das Meer bis 1991 unter sich aufgeteilt hatten, war eine Neuaufteilung unvorteilhaft. Iran bremste viele Jahre lang eine Konvention zum Kaspischen Meer, indem es von den anderen Anrainerstaaten die offenkundige Unmöglichkeit forderte, das Meer in fünf gleich große Teile aufzuteilen. Außerdem wollten Moskau und Teheran die Freiheit der Schifffahrt nicht verlieren, und Russland ging es darüber hinaus um die Operationserlaubnis seiner Kaspischen Flottile, der mächtigsten militärischen Gruppierung in der Region. 2015 wurden von den dortigen russischen Kriegsschiffen Flügelraketen auf die Stellungen des Islamischen Staates (IS) in Syrien abgeschossen. Dabei befanden sich die Schiffe im Augenblick des Raketenabschusses in einem Bereich, der im Fall einer Aufteilung des Meers der Jurisdiktion Aserbaidschans zugesprochen worden wäre.

Als die USA mit Einverständnis Kasachstans Anstalten machten, logistische Militärbasen am kasachischen Ufer des

1) Vgl. Halbach, Uwe: Zentralasien als Bühne internationaler Politik. In: RGOW 40, 10 (2012), S. 14–16.

2) Vgl. Gast, Ann-Sophie: Russlands Rolle in Zentralasien: Ringen um Einfluss und Verbündete. In: RGOW 46, 2 (2018), S. 6–8.



Karte © Free Vector Maps.com

Kaspischen Meeres anzusiedeln, gelang es Moskau, den Widerstand Teherans zu brechen. So konnte 2018 die „Konvention über den rechtlichen Status des Kaspischen Meers“ unterzeichnet werden, wobei ein Punkt der Übereinkunft darin besteht, dass kein nicht-regionaler Staat militärische Aktivitäten auf dem Kaspischen Meer durchführen darf. So gelang es Moskau einmal mehr, „rote Linien“ zu markieren, die seine Einflusszonen in Zentralasien und in den daran angrenzenden Regionen umreißen. Es war also gelungen, Washington vom Kaspischen Meer fernzuhalten.

Als der Kreml am 15. Dezember 2021 seinen Entwurf zu einem neuen Sicherheitsvertrag nach Washington sandte, bestand eine der Forderungen darin, dass die USA keine militärische Zusammenarbeit mit Ländern, die früher zur Sowjetunion gehörten, jedoch nicht NATO-Mitglieder geworden sind, entwickeln soll.<sup>3</sup> Dabei geht es nicht nur um die Ukraine, sondern auch um die Staaten Zentralasiens. Denn Moskau ist über die besonderen Beziehungen der USA zu Kasachstan und Usbekistan besorgt, die unter anderem auch militärische Kooperation umfassen. Erst im Dezember 2021 fand in Taschkent die Eröffnungssitzung des sog. Strategischen Dialogs zwischen den USA und Usbekistan statt.

---

***Moskau ist über die besonderen Beziehungen der USA zu Kasachstan und Usbekistan besorgt, die auch militärische Kooperation umfassen.***

---

Erst im Dezember 2021 fand in Taschkent die Eröffnungssitzung des sog. Strategischen Dialogs zwischen den USA und Usbekistan statt.

#### **Moskau und die Taliban**

Der Beschluss des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, Verhandlungen mit der Taliban-Bewegung über die Bedingungen des Abzugs der US-Truppen aus Afghanistan aufzunehmen, führte auch zu einer Erneuerung der Kontakte Moskaus mit den Taliban, die bereits unter Präsident Barack

Obama etabliert worden waren. Die russische Diplomatie initiierte Verhandlungen mit diversen ethnischen und politischen Gruppierungen aus Afghanistan im „Moskauer Format“. In der Hauptstadt Moskau tauchten regelmäßig Taliban-Führer auf, mit denen sich russländische Diplomaten einschließlich Außenminister Sergej Lavrov trafen. Angesichts der Tatsache, dass die Taliban in Russland auf der Liste der terroristischen Organisationen stehen, wurden ihre Aufenthalte im Hotel „Präsident“ in der russischen Presse breit dokumentiert.<sup>4</sup> Zamir Kabulov, der Sondervertreter des russischen Präsidenten für Afghanistan, begründete die widersprüchliche diplomatische Praxis mit den „nationalen Interessen Russlands“. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Aussage durchaus zuzustimmen, da der Eintrag der Taliban in das russische Terroristenregister ziemlich zufällig Anfang der 2000er Jahre während des zweiten Tschetschenien-Krieges geschah. Damals wurden Kontakte irgendeines tschetschenischen Emissärs mit den Taliban festgestellt, was zur Grundlage für den Eintrag in die Liste der in Russland verbotenen Organisationen wurde, und später wurde dies durch einen Beschluss auf UN-Ebene bestätigt, wo die Taliban ebenfalls in eine analoge Liste eingetragen wurden.

Die russischen Regierungskräfte begründeten ihre Kontakte zu den Taliban zudem damit, dass diese seit ihrer Entstehung in Afghanistan Mitte der 1990er Jahre kein einziges Mal durch irgendeine bewaffnete oder terroristische Aktivität außerhalb ihrer Landesgrenzen in Erscheinung getreten seien. Ich selbst bin 1995 erstmals mit den Taliban im afghanischen Kandahar in Kontakt gekommen, also noch vor ihrer ersten Machtergreifung in Kabul ein Jahr später. Danach war ich noch viele Male in Afghanistan, sowohl während ihrer ersten Herrschaft als auch nach ihrer Vertreibung im Jahr 2001, und kann aus meiner Anschauung bestätigen, dass diese Aussage zutrifft. Ungeachtet der offensichtlichen Tändelei Moskaus mit den Taliban waren die Vorwürfe Washingtons, dass Russland die Taliban mit Waffen ausstatte, eine nicht belegte Behauptung.

3) [https://mid.ru/ru/foreign\\_policy/rso/nato/1790818/?lang=ru](https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=ru).

4) <https://carnegie.ru/commentary/77182>.



2018 wurde im kasachischen Aktau die „Konvention über den rechtlichen Status des Kaspischen Meers“ von Regierungsvertretern der fünf Anrainerstaaten unterzeichnet. Foto: Wikimedia Commons

Die Flucht des afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani aus Kabul am 15. August 2021 und die panikartige Evakuierung der US- und NATO-Soldaten sowie der mit ihnen kooperierenden Afghanen sind zu einem Wendepunkt der gesamten politischen, sozialen und militärischen Gesamtlage in Asien, nicht nur in Zentralasien geworden. Als ich weniger als ein Monat vor diesen dramatischen Ereignissen in Taschkent an einer großen internationalen Konferenz über „Süd- und Zentralasien“ teilnehmen konnte, wurde ich Zeuge der öffentlichen gegenseitigen Beschuldigungen zwischen dem afghanischen Präsidenten Ghani und dem Premierminister Pakistans, Imran Khan. Die Atmosphäre war schon damals extrem aufgeheizt, doch die Ereignisse des 15. August und der siegreiche Einzug der Taliban in Kabul überrumpelten sämtliche Weltmachtzentren einschließlich Moskau völlig. Nur ein einziges Land in Zentralasien hatte sich einigermaßen auf den Machtwechsel in Afghanistan vorbereitet – Usbekistan. Die pragmatische Regierung in Taschkent unter Präsident Schavkat Mirsijojev hatte rechtzeitig vertrauensvolle Beziehungen zu den Taliban aufgebaut und wurde so zum Vorreiter in der Region. Das erklärte sich damit, dass Taschkent massiv an der Realisierung von Infrastrukturprojekten in Afghanistan interessiert ist, z. B. am Bau einer transafghanischen Eisenbahnlinie aus Usbekistan nach Pakistan und weiter nach Indien.

### Russland verstärkt seinen Einfluss

Tadschikistan hingegen verhängte scharfe Blockaden gegen die Taliban. In Duschanbe unterstützte man die Anti-Taliban-Opposition der afghanischen Tadschiken, die vom Sohn des legendären Mudschahedin-Anführers Ahmad Schah Massoud, Ahmad Massoud, und vom ehemaligen Vizepräsidenten Afghanistans, Amrulla Saleh, angeführt wurde. Sie fanden mit einigen ihrer Anhänger Zuflucht in Tadschikistan.

Emomali Rachmon, der Präsident Tadschikistans, der seit 30 Jahren an der Macht ist, nutzt die Situation für seine Zwecke. Erstens appelliert er an die patriotischen Gefühle seiner tadschikischen Landsleute, die ihre Brüder in Afghanistan unterstützen sollen, die dort die Taliban bekämpfen, und versucht so alle Tadschiken um sich herum zu versammeln, um eine problemlose Machtübergabe an seinen Sohn Rustam Emomali zu ermöglichen, der zurzeit Bürgermeister von Duschanbe ist. Zweitens warnt Präsident Rachmon vor Gefahren, die Tadschikistan von den terroristischen Taliban aus Afghanistan drohen, und ruft insbesondere Russland und China dazu auf, Tadschikistan militärischen und finanziellen Beistand zu leisten.

Diese Aufrufe stoßen in Moskau auf Gegenliebe. Dort nutzt man die Differenzen zwischen den Ländern Zentralasiens in der Afghanistan-Frage sowie die Unsicherheit der lokalen Bevölkerung, die von den Gerüchten über die Taliban eingeschüchtert ist, ziemlich geschickt aus. Die gemeinsamen Militärübungen Russlands, Tadschikistans und Usbekistans, die im letzten Herbst an der Grenze zu Afghanistan stattfanden, aber auch die zusätzlichen Waffenlieferungen an Tadschikistan haben den militärpolitischen Einfluss Russlands in der Region erhöht.

Die russische Diplomatie wie auch diejenige der zentralasiatischen Staaten (mit Ausnahme von Tadschikistan) hat im Gegensatz zu den westlichen Ländern darauf verzichtet, ihr diplomatisches Personal aufgrund von Sicherheitserwägungen aus Kabul abzuziehen. Während es Moskau nicht gelungen war, vertrauensvolle Beziehungen zum vorherigen Regime unter Aschraf Ghani aufzubauen, konnte es gegenüber der neuen Taliban-Regierung Kontakte pflegen. Die russische Regierung hat so die dramatische Flucht der Amerikaner aus Afghanistan maximal zu nutzen gewusst.

Das Einzige, was Moskau vor dem Hintergrund der afghanischen Krise nicht gelungen ist, ist Usbekistan dazu zu bewegen, in die *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS) zurückzukehren. Die usbekische Regierung hat auf alle Versuche, sie mit der Gefahr eines Überfalls aus Afghanistan zu schrecken, darauf verwiesen, dass sie über genug Kräfte und Ressourcen verfüge, um selbst gegen etwaige Bedrohungen vorzugehen. Nichtsdestotrotz wird weiterhin Druck auf Taschkent ausgeübt, zuletzt im Januar 2022 nach den blutigen Ereignissen in Kasachstan. Am Online-Gipfel der OVKS riet der belaruische Machthaber Alexander Lukaschenko der usbekischen Führung unverfroren, Lektionen aus diesen Ereignissen zu ziehen, sonst wiederhole sich dasselbe in Usbekistan. Die Antwort aus Taschkent war höflich, aber bestimmt, dass man schon selbst damit klarkomme.

Die Ereignisse in Kasachstan führten zu einer weiteren bedeutenden Verstärkung des russischen Einflusses in Zentralasien. Das Regime von Präsident Kasym-Schomart Tokajev wurde durch den umgehenden Einsatz eines Kontingents der OVKS, das hauptsächlich aus russischen Soldaten bestand, in Kasachstan gerettet. Auch wenn die Soldaten bereits nach zwei Wochen wieder abgezogen wurden, hat die russische Regierung ihre Entschlossenheit gezeigt, in einer Region militärische Gewalt anzuwenden, die sie als ihr Einflussgebiet betrachtet. Die jüngsten Beschlüsse Tokajevs zeugen davon, dass er einen neuen, höheren Grad der Abhängigkeit von Moskau berücksichtigen muss. Mitte Februar reist er nach Moskau, wo neue Vereinbarungen zwischen Kasachstan und Russland getroffen werden sollen. Es ist nicht zu übersehen, dass Putins Einsatz beim operativen Eingreifen in die Krise in Kasachstan seine Ansprüche und zunehmenden Ambitionen im Streit mit dem Westen befördert hat.

---

### Die zusätzlichen Waffenlieferungen an Tadschikistan haben den militärpolitischen Einfluss Russlands in der Region erhöht

---



Timothy Nunan

# Fehlgeschlagenes Experiment. Afghanistan als Bühne sowjetischer Entwicklungskonzepte

In Afghanistan prallten im Kalten Krieg verschiedene Vorstellungen aufeinander, wie das Land zu modernisieren sei. Die Sowjetunion leistete materielle Unterstützung und versuchte eine schlagkräftige kommunistische Partei aufzubauen. Enttäuscht vom sowjetischen Einmarsch in Afghanistan unterstützten westliche Hilfswerke den afghanischen Widerstand medizinisch und mit Informationskampagnen.

Teams von Freiwilligen gehen von Stadt zu Stadt, um die Einwohner gegen eine Pandemie zu impfen. Diese misstrauen jedoch dem Impfstoff, und Fachleute fragen sich, wie man den kulturellen Widerstand überwinden kann. Nach einem endlosen Krieg gegen Guerillabewegungen ziehen sich die USA

**Timothy Nunan**, Dr., Dozent für Weltgeschichte an der Freien Universität Berlin, wo er eine Forschungsgruppe zu Islamismus während des Kalten Kriegs leitet.

zurück, und das von ihnen protegierte Regime bricht zusammen. Die USA scheinen überfordert, von Guerillakräften besiegt und rivalisierenden Supermächten herausgefordert.

Diese Sätze klingen wie eine Erzählung über die Gegenwart, doch sie beziehen sich auf die 1970er Jahre – als die Pandemie die Pocken waren, jemanden einen „Querdenker“ zu nennen, ein Kompliment war, und als Amerikas Vietnam, nun ja, Vietnam war. Statt konkurrierende Impfstoffe zu entwickeln, kooperierten die USA und die UdSSR bei der globalen Verteilung von Pockenimpfungen. Die Amerikaner, die nach Afghanistan gingen, waren nicht nur Hippies auf der Suche nach Haschisch, sondern auch weibliche *Peace Corps*-Freiwillige mit dem Auftrag, Frauen im ländlichen Afghanistan gegen Pocken zu impfen, wo dies männlichen Fremden aufgrund der Geschlechternormen unmöglich war.

Solche Gesundheitsmaßnahmen waren nur eine von vielen Formen, die Afghanistan zu einem Labor der internationalen Entwicklung während des Kalten Kriegs werden ließ. Der Wettstreit der USA und der Sowjetunion um die ideologische Zukunft der Menschheit verzahnte sich mit der Dekolonisierung der Welt. Washington und Moskau propagierten rivalisierende Entwicklungsmodelle, nicht nur im vom Eisernen Vorhang getrennten Europa, sondern auch in früheren Kolonien wie Korea und Vietnam. Der Wettkampf um ein Entwicklungsmodell für die postkoloniale Welt war in neutralen Ländern wie Afghanistan besonders intensiv. Tatsächlich erhielt Afghanistan während des Kalten Kriegs pro Kopf mehr Entwicklungshilfe als jedes andere Land der Welt.

Deshalb eignet sich Afghanistan ausgezeichnet, um die Geschichte der internationalen Entwicklung und die Rolle von sozialistischen Ländern wie der Sowjetunion dabei zu verstehen. Die UdSSR war das erste Land, das 1919 die Unabhängigkeit Afghanistans anerkannte, und im Kalten Krieg der größte Geldgeber Kabuls. Mit der Invasion im Dezember 1979 wollte die Sowjetunion Afghanistan in ein Modell für die

sozialistische Entwicklung verwandeln, ähnlich wie Angola, Südjemen oder die mehrheitlich muslimischen sowjetischen Republiken in Zentralasien. Viele dieser Experimente endeten in Bürgerkriegen, aber das Studium dieser alternativen Entwicklungsvisionen könnte kaum zeitgemäßer sein, da sich heute China als Verkörperung eines alternativen Entwicklungsmodells für den globalen Süden präsentiert.

Seit kurzem zugängliche Archivmaterialien und Interviews mit zentralen historischen Akteuren halfen mir bei meinen Forschungen zu verstehen, wie sich sowjetische Akteure die Entwicklung Afghanistans im Kalten Krieg vorgestellt hatten. In Moskau gaben mir die Archive des Staatskomitees für äußere Wirtschaftsbeziehungen Einsicht, wie sowjetische Wirtschaftsexperten die afghanische Wirtschaft verstanden. Die Archive des Außenministeriums und das russische Staatsarchiv für zeitgenössische Geschichte gaben Auskunft, wie die sowjetische Botschaft in Kabul das Land verstand. Doch die vielleicht nützlichsten Quellen waren die Berichte von sowjetischen Beratern der Jugendorganisation des afghanischen kommunistischen Regimes aus den 1980er Jahren. Sie vermittelten einen Eindruck, was es bedeutete, im ländlichen Afghanistan den „Sozialismus aufzubauen“. Sie führten mich auch zu früheren Beratern und Übersetzern in Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Die Interviews mit zentralasiatischen Beratern zeigten mir, wie diese ihre Mission wahrnahmen, ein Land zu „entwickeln“, das in Bevölkerung und Geografie ihrer Heimat ähnelte.

Letztendlich prägt meine Lesart dieser und anderer Quellen den zentralen Standpunkt meines Buchs „Humanitarian Invasion: Global Development in Cold War Afghanistan“ (Cambridge 2015). Afghanistan wird oft durch das Klischee des „Friedhofs der Imperien“ gesehen – Afghanistan als militärischer Sumpf für andere Staaten (meist mit einem viel höheren Preis für die Afghan:innen selbst als für die Auswärtigen). Doch war Afghanistan im 20. Jahrhundert zumeist im Frieden und nicht im Krieg. Dank seiner frühen Unabhängigkeit war das Land ein Vorreiter darin, eine eigene Zukunft unabhängig vom Westen zu entwerfen. In diesem Sinn wäre es präziser, Afghanistan als Friedhof des Drittweilnationalstaats zu beschreiben – ein Ort, dessen Geschehnisse vom Enthusiasmus von Ausländern für die Planung und Entwicklung im globalen Süden abhängig waren.

## Abhängigkeit von ausländischen Subventionen

Üblicherweise wird Afghanistan als „gescheiterter Staat“ beschrieben, doch dies wird den historischen Bedingungen

für seine strukturelle Abhängigkeit von ausländischer Hilfe nicht gerecht. Die Reiche des 18. Jahrhunderts, aus denen der moderne afghanische Staat hervorging, kontrollierten einst auch große Teile des heutigen Pakistans. Diese Gebiete lieferten dem sog. Durrani-Reich einen Großteil seines Wohlstands. Im 19. Jahrhundert wurde es allerdings vom Sikh-Reich aus Kaschmir, dem Punjab und Städten wie Peschawar verdrängt. Die afghanischen Herrscher mussten sich mit wirtschaftlich marginalen Gebieten begnügen, mit deren Steuern oder Tributen sie kaum ihre Administration finanzieren konnten. Als die Briten das Sikh-Reich überrannten, schloss dies eine Rückeroberung des früheren wirtschaftlichen Kernlands aus. Wie sollten sich die Durrani-Herrscher also finanzieren?

Die Antwort auf diese Frage lag in der imperialen Geopolitik des 19. Jahrhunderts. Die Briten fürchteten den russischen Einfluss in Afghanistan so sehr, dass sie 1839 im Land einmarschierten und den Herrscher durch einen exilierten früheren König ersetzten. Stammesaufstände besiegten die britische Armee und den Kollaborateur innerhalb von drei Jahren. Rund 40 Jahre später installierte eine erfolgreichere britische Kampagne einen anderen exilierten Angehörigen einer afghanischen Königsfamilie als Herrscher, gestützt von umfangreichen Subventionen statt einer Besatzungsarmee. Im Austausch für ihre Neutralität konnten die afghanischen Herrscher mit ausländischen Hilfgeldern ihre politischen Pläne zuhause finanzieren. Effiziente Verbindungen mit ausländischen Geldgebern brachten ihnen mehr Erfolg als Unterstützung im Volk oder demokratische Legitimität. 1893 einigten sich Briten und Afghanen auf einen schicksalhaften Grenzverlauf – die sog. Durand-Linie, um ihre Einflussphären in der Region festzulegen.

Nach 40 Jahren guter Beziehungen zerbrach dieses Arrangement im 20. Jahrhundert. 1919 ordnete Afghanistans Emir Amanullah Khan hastig eine Invasion in Britisch-Indien an, um von internen politischen Kämpfen abzulenken und Unruhen in Indien auszunutzen. Die Afghanen errangen einen ambivalenten Sieg: Die Briten gestanden ihnen zwar Unabhängigkeit zu, hörten aber auf, Kabul zu subventionieren. In den nächsten beiden Jahrzehnten suchten Modernisierer wie Konservative bei der Türkei, Italien, Deutschland und Japan um Hilfe. Das Problem wurde noch größer, als die Briten den indischen Subkontinent ganz verließen. Die Gründung Pakistans 1947 bestätigte de facto die Durand-Linie als internationale Grenze, die von den Herrschern Afghanistans nicht anerkannt wurde. Im multiethnischen Afghanistan leben viele Paschtunen (aber keine Mehrheit), deren Siedlungsgebiet von der Durand-Linie durchschnitten wird. Nach der Gründung Pakistans forderten Afghanistans Anführer ein unabhängiges „Paschtunistan“ im westlichen Pakistan. Dies vergiftete die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan und offenbarte die Spannung zwischen einem paschtunischen Ethnonationalismus und einer breiteren afghanischen Nationalidentität als Kernthema der afghanischen Politik.

Außerdem waren die afghanischen Anführer auf der Suche nach neuen ausländischen Geldgebern zur Subventionierung des Staates, da ihre Förderer aus der Zwischenkriegszeit totale militärische Niederlagen erlitten hatten. Afghanistans Konflikt mit Pakistan zeichnete sich bald in den aufkommenden Kalten Krieg ein. Moskau liebäugelte damit, Afghanistans territoriale Ambitionen gegenüber Pakistan zu unterstützen; im Dezember 1955 besuchte das sowjetische Staatsoberhaupt Nikita Chruschtschow



Peace Corps-Freiwillige unterstützen den Kampf gegen Tuberkulose in Afghanistan (1973).  
Foto: Peace Corps

Kabul. Dort kündigte er an, dass die Sowjetunion afghanische Offizierskorps ausbilden werde. In den folgenden Jahren wurde die Sowjetunion zum größten Geldgeber und überwachte den Bau von staatlichen Farmen, Erdgasförderanlagen und Dämmen, vor allem im Norden und Osten des Landes.

Afghanistans Flirt mit der Sowjetunion erregte die westliche Aufmerksamkeit weit mehr als der paschtunische Irredentismus. Amerikanische und westdeutsche Berater kamen nach Kabul, bildeten afghanische Bürokraten aus, bauten Dämme, Flughäfen und Modellfarmen und erneuerten die afghanische Land- und Forstwirtschaft, um das neutrale Afghanistan vom Kommunismus wegzusteuern. Gegen Ende des Jahrzehnts waren jedoch viele Akteure von den Aussichten einer staatlich gelenkten Entwicklung enttäuscht. Aufgrund seiner Geschichte und Geografie stützte sich Afghanistan weiterhin auf ausländische Subventionen, statt Produkte in die Welt zu exportieren. Auch sowjetische Ökonomen wandten sich von der Vision einer afghanischen Wirtschaft ab, die sich aus ihrer postkolonialen Abhängigkeit befreien würde. Afghanistans Exporte in die UdSSR waren letztlich keine Industriegüter, sondern Öl und Gas. Diese Rückschläge stellten den sowjetischen Anspruch infrage, einen anderen Entwicklungsansatz zu verkörpern als der Westen, der sich angeblich auf Ressourcengewinnung konzentrierte.

### Rivalisierende Modernisierungsbemühungen

Die enttäuschten Modernisierungs- und Entwicklungshoffnungen bereiteten in den 1970er Jahren neuen Ideologien den Weg. Ab Mitte der 1970er Jahre konnten westliche anti-imperialistische Aktivist:innen mit einem gewissen Optimismus auf die Welt blicken. Sozialistische Regime versprachen, in der sog. Dritten Welt einen neuen Menschen zu schaffen. Doch schon bald mussten sie Desaster wie die „Boat People“-Flüchtlingskrise in Vietnam oder den Genozid in Kambodscha verantworten. Wegen solcher Katastrophen gaben westliche Aktivist:innen ihre anti-imperialistischen Überzeugungen auf und konzentrierten sich auf das Retten von Menschenleben, auch wenn dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von sozialistischen Staaten bedeutete. Die Sowjetunion wollte mit ihrem Einmarsch in Afghanistan eine sozialistische Revolution, die 1978 von afghanischen Kommunisten gestartet worden war, unterstützen. Von internationalen Aktivisten erntete sie dafür keine Sympathie, sondern Abscheu. Schlimmer noch, viele

Aktivisten setzten ihr medizinisches Wissen und ihre Medienkompetenzen zur Unterstützung eines aufkommenden afghanischen Dschihad ein. Statt in Kabul den Sozialismus aufzubauen, „schwammen“ westliche Entwicklungshelfer „wie Fische“ unter den afghanischen Mudschaheddin und „umzingelten Städte“ in einer wunderlichen Anwendung maoistischer Strategie.

Die Sowjetunion ihrerseits intensivierte ihr Nationsbildungsprojekt. Zusätzlich zum Bau von Dämmen, Straßen und Fabriken strebte sie danach, in Afghanistan eine alles dominierende Kom-

### **Die sowjetischen Institutionen, geschaffen für urbane und industrielle Räume, ließen sich schlecht auf Afghanistan übertragen.**

munistische Partei aufzubauen. Doch die sowjetischen Institutionen, geschaffen für urbane und industrielle Räume, ließen sich schlecht auf Afghanistan übertragen. Aufgrund seiner langen

Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen fehlte Afghanistan eine industrielle Wirtschaft als Basis dafür. So sehr sie es auch versuchten, fiel es den sowjetischen Beratern (darunter tadschikische und usbekische Spezialisten) schwer, den Sozialismus nach Afghanistan zu bringen.

Die Emanzipation der Frauen ist dafür ein paradigmatisches Beispiel. Die Sowjetunion präsentierte stolz ihre zentralasiatischen Republiken, die mit Blick auf Alphabetisierung, Beschäftigungsgrad und öffentliche Gesundheit im Vergleich zur übrigen muslimischen Welt statistisch gut dastanden. Die sowjetische Besetzung Afghanistans bot daher sowjetischen Frauenrechtsaktivistinnen (oft aus Zentralasien) die Chance, den afghanischen Kolleginnen den Weg aus der Rückständigkeit zu weisen. Dabei rückten sie das Ablegen des Schleiers ins Zentrum, da die sowjetische Kulturrevolution in Zentralasien den Schleier marginalisiert und Frauen ins öffentliche Leben gebracht habe. Doch die Afghaninnen hatten andere Vorstellungen von Emanzipation, sie setzten diese nicht mit der Arbeit in einem staatseigenen Betrieb oder dem Ablegen des Schleiers gleich. Im Rückblick und vor dem Hintergrund westlicher Erfahrungen, die Afghaninnen zu „befreien“, erscheint der Fokus der sowjetischen Frauenpolitik auf wirtschaftliche Angelegenheiten und Arbeit dennoch als erfrischend materialistisch.

Auch beim Grenzmanagement wagten die Sowjets Experimente. In Nordafghanistan weiteten sie den Rechtsraum der sowjetisch-afghanischen Grenze um hunderte Kilometer nach Afghanistan aus. Diese Rechtsfiktion erlaubte es den Grenztruppen, Afghanen für das „Eindringen“ in sowjetisches Territorium zu töten. Demgegenüber lagerten die sowjetischen Berater in Kandahar, Afghanistans zweitgrößter Stadt und zentralem Tor nach Pakistan, das Bewachen der Grenze an einen Verband von Achakzai-Paschtunen aus, eine paschtunische Untergruppe, deren Gebiete sich über die afghanisch-pakistische Grenze erstreckten.

Diese sowjetischen Experimente zur Grenzkontrolle wurden durch Moskaus Rückzug aus Afghanistan 1988/89 abgebrochen. Als die Mudschaheddin nach und nach Gebiete in Afghanistan eroberten, betrieben humanitäre NGOs Schulen, Krankenhäuser und Jobzentren im Land. Die NGOs waren wegen der Missbräuche des „totalitären“ Staats gegen das Volk in Afghanistan aktiv geworden. Als aber 1992 ein Bürgerkrieg in Afghanistan ausbrach, wichen die Träume eines Siegs über

den Drittweltsozialismus der Realität, die Afghanen am Leben erhalten zu müssen. Die Entstehung einer unipolaren Weltordnung verschlimmerte die Lage für die Afghanen zusätzlich, da ohne das Schreckgespenst eines sowjetischen Einflusses keine Hilfe mehr aus dem Westen angezogen wurde. Nicht umsonst wurde in diesem Moment der Dämmerung des Kalten Kriegs der Begriff „gescheiterter Staat“ geprägt.

### **Parallelen zwischen Vergangenheit und Gegenwart**

Meine Forschung zeigt, wie die Sowjetunion in der Dritten Welt auf ideologische und manchmal militärische Widerstände unterschiedlicher Akteure stieß: durch den afghanischen Widerstand, ausländische Mächte wie die USA und Pakistan, aber auch von humanitären NGOs. Letztere versorgten die afghanischen Mudschaheddin und Flüchtlinge medizinisch, informierten über sowjetische Gräueltaten in Afghanistan und untergruben so die sowjetischen Behauptungen, den „Frieden“ zu verteidigen. Das sowjetische Engagement im globalen Süden ist in dieser Lesart eine Geschichte von Bemühungen um den Export einer materiellen und politischen Kultur, aber auch von Einheimischen und geopolitischen Rivalen, die dagegen Widerstand leisteten.

Es lassen sich auch Parallelen zwischen den sowjetischen Entwicklungsbemühungen und den letzten 20 Jahren des westlichen Nation-Building aufzeigen. Auch die Architekten der afghanischen Verfassung von 2001 hielten Afghanistan selbstverständlich für einen von Paschtunen beherrschten Staat. So stammte ihr gewählter Anführer, Hamid Karzai, aus den südlichen Durrani-Stämmen, während die Anführer der kommunistischen *Demokratischen Volkspartei Afghanistans* aus den östlichen Stämmen stammten. Auch die Bush-Administration erklärte Frauenrechte in Afghanistan zum Fortschrittsindikator. Während sich die Sowjets auf den Leiter des afghanischen KGB verlassen hatten, um den afghanischen Sozialismus wiederzubeleben, versprach die Obama-Administration 2010–2012 eine ehrgeizige Anti-Aufstandsstrategie und ein „government in a box“ – eine fixfertige Regierung – nach Afghanistan zu bringen. Karzais Nachfolger Ashraf Ghani, ein Veteran der Weltbank, hatte sogar ein Buch über die Wiederherstellung von gescheiterten Staaten geschrieben.

Doch Ghanis Fachwissen konnte die fehlende Legitimität der afghanischen Regierung nicht ersetzen. Gefälschte Wahlen und eine Berufung auf die paschtunische Vorherrschaft untergruben die Anziehungskraft seiner Technokraten-Regierung. Während die sowjetisch unterstützte afghanische Regierung nach dem sowjetischen Abzug noch zwei Jahre überlebte, hielt Ghanis Regierung nach dem Abzug der US-Truppen gerade noch zwei Monate durch. Millionen von Afghaninnen und Afghanen sind mit einem brutalen Winter konfrontiert, während Ghani, seine Spitzenberater und US-Diplomaten in den Medien die Wahrnehmungen des gescheiterten amerikanischen Nation-Building in Afghanistan dominieren. Letztlich wird es an der Bevölkerung Afghanistans sein, die Geschichte über das Verhältnis ihres Landes zu ausländischem Fachwissen und Hilfe zu schreiben. Mein Buch „Humanitarian Invasion“ möchte dazu Gespräche über das Erbe des Kalten Kriegs für Afghanistans Gegenwart und unsichere Zukunft anregen.

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

Vassily Klimentov

# Wachsende Bedrohung? Die Taliban und der Islamismus in Zentralasien

Seit dem Ende der Sowjetunion wird immer wieder eine islamistische Gefahr in Zentralasien beschworen. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat dieser Sorge neue Nahrung gegeben. Doch dieses Bedrohungsszenario dient vor allem den autokratischen zentralasiatischen Herrschern zur Machtlegitimation.

Im Juli 2021 eroberten die Taliban halb Afghanistan, Mitte August besetzten sie Kabul und zwangen den proamerikanischen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani zur Flucht. Die Machtübernahme geschah, noch bevor die USA ihren Rückzug abgeschlossen hatten.

**Vassily Klimentov**, Dr., SNSF-Postdoktorand am Robert Schuman Centre for Advanced Studies am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Trotz des Schocks über den schnellen Zusammenbruch hatten nur wenig westliche, russische oder andere Beobachter und Entscheidungsträger am

letztendlichen Sieg der Taliban gezweifelt. Ghanis Regime litt an endemischer Korruption, Abhängigkeit von westlicher militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, schwacher politischer Legitimität und war insgesamt unfähig, die Sicherheit der Afghan:innen zu garantieren und ihre Lebensumstände zu verbessern. Vielen kriegsmüden Afghanen erschienen die Taliban weder besser noch schlechter als die proamerikanischen Behörden. Als die Taliban auf die Hauptstadt marschierten, stellten sich ihnen sogar kaum regierungstreue Militärs, Milizen und lokale Behörden in den Weg.

Der Sieg der Taliban hat die geopolitische Lage in Zentral- und Südasien tiefgreifend verändert, was die regionalen Mächte allerdings nicht unvorbereitet traf. In den 1990er Jahren hatten Russland, Iran, Indien und die fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) noch die Nordallianz – eine Koalition von bewaffneten tadschikischen, usbekischen und Hazara (afghanische Schiten)-Gruppen, angeführt von Ahmad Schah Masoud – gegen die Taliban unterstützt. Die Taliban hatten ihrerseits Al-Qaida Unterschlupf gewährt und mit dem Export von militantem Islamismus in die Nachbarländer gedroht und als eines von nur zwei Ländern die Unabhängigkeit Tschetscheniens anerkannt. Deshalb hatte Moskau den Taliban schon vor 9/11 mit Luftschlägen gedroht. Als die USA 2001 in Afghanistan intervenierten, unterstützten Russland und die zentralasiatischen Staaten dies fast uneingeschränkt. Diese Unterstützung flaute jedoch bis 2010 ab, da Russland und seine Verbündeten die US-Außenpolitik, Regimewechsel im Nahen Osten und post-sowjetischen Raum zu fördern, ablehnten und an Washingtons Fähigkeit, Afghanistan zu stabilisieren, zweifelten.

Als die USA nach 2010 mit den Taliban zu verhandeln begannen, nahmen auch Russland, die zentralasiatischen Staaten und andere Regionalmächte Kontakt zu ihnen auf. Wenn die paschtunisch dominierten Taliban eine Einbeziehung der

ethnischen Minderheiten garantierten und keine Islamisten im postsowjetischen Raum unterstützen, schien ein beiderseitig vorteilhaftes Verhältnis möglich. China folgte einer ähnlichen Logik: Sollten die Taliban zusichern, sich nicht in Xinjiang einzumischen, würde China mit ihnen verhandeln. Russland und China behielten daher ihre Botschaften in Kabul auch nach der Taliban-Übernahme offen.

Trotz der scheinbaren Bereitschaft der Taliban, die nötigen Garantien abzugeben, gilt es zwei zentrale Einschränkungen zu beachten: Erstens haben die Taliban die Macht nicht aufgrund eines politischen Abkommens, sondern nach ihrem militärischen Sieg übernommen. So können die Regionalmächte kaum Druck auf die Taliban für eine inklusivere und weniger radikale Regierung ausüben. Zweitens ist es angesichts der chaotischen Situation in Afghanistan unklar, ob die Taliban Stabilität gewährleisten und die Schlagkraft rivalisierender Gruppen wie des *Islamischen Staats – Provinz Khorasan* (IS-K), des IS-Zweigs in Afghanistan, einschränken können. Diese Faktoren könnten eine Ausbreitung des militanten Islamismus von Afghanistan nach Zentralasien begünstigen.

## Militanter Islamismus in Zentralasien

Zentralasien ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion von politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsproblemen betroffen. Geführt von autoritären Herrschern, leiden die Staaten an endemischer Korruption, Vetternwirtschaft, unterentwickelten Wirtschaften, politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland und China, regionalen und Clanrivalitäten unter den Eliten sowie transnationalen Spannungen wegen der Kontrolle über Wasserressourcen und Grenzverläufen. Während sich Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan dank ihrer Bodenschätze, vor allem Öl und Gas, generell besser geschlagen haben als Kirgistan und Tadschikistan, sind alle zentralasiatischen Regime zutiefst instabil. Auch wenn es nur in Tadschikistan einen ausgewachsenen Bürgerkrieg (1992–1997) gab, haben alle Länder seit ihrer Unabhängigkeit Episoden politischer Gewalt erlebt. Die jüngsten Proteste in Kasachstan zeigen exemplarisch, dass sogar im scheinbar stabilsten Land der Region ein Konflikt ausbrechen kann.

Während der Islam zur Sowjetzeit auf den privaten Raum beschränkt war, erlebte die Region in den 1990er Jahren eine Re-Islamisierung. Die Anzahl an Moscheen vervielfachte sich, und viele Zentralasiat:innen begannen, regelmäßig und öffentlich an Glaubensritualen und -praktiken teilzunehmen. Der Islam nahm einen prominenten sozialen Platz ein, aber entgegen den

Voraussagen westlicher Experten wurde er selten politisiert. Anstatt einer islamistischen Übernahme der Region kleideten sich die ehemals kommunistischen Entscheidungsträger in Nationalismus und Islam und gestalteten eine sanfte Transition. Durch die Förderung eines sog. „traditionellen Islam“ wollten diese alt-neuen Anführer eine Religion schaffen, die vermeintlich lokalen Traditionen entsprach, unterschiedliche islamische

### **Während der Islam zur Sowjetzeit auf den privaten Raum beschränkt war, erlebte die Region in den 1990er Jahren eine Re-Islamisierung.**

Praktiken, darunter den Sufismus, tolerierte und vor allem gegenüber den säkularen Behörden loyal sein würde. Sie machten deutlich, dass nicht einmal nicht-militante salafistische Bewegungen toleriert würden, die eine islamische Erneuerung oder gar

ein theokratisches Regime propagierten. Bis heute sehen die lokalen Machthaber den Islamismus als Bedrohung an, da sie fürchten, dass er ein Kristallisationspunkt für Unzufriedenheit mit der autoritären Herrschaft sein könnte.<sup>1</sup>

In den 1990er Jahren kam es zu Zusammenstößen zwischen militanten Islamisten und säkularen Behörden. So nahm in Tadschikistan die *Partei der Islamischen Wiedergeburt* am Bürgerkrieg 1992–1997 teil, sie unterstützte eine der regionalen Koalitionen im Machtkampf. Im Friedensabkommen sicherte sie sich einen legalen Status und wurde die einzige offizielle islamistische Partei in Zentralasien. Als die tadschikischen Behörden 2015 gegen Islamisten vorgingen, wurde die Partei als angebliche terroristische Organisation verboten.

In Usbekistan keimten militante islamistische Bewegungen in der Stadt Namangan im Ferghanatal unter dem wachsenden Einfluss von saudischen Predigern und lokalen Salafisten auf. Weil sie die Zentralbehörden herausforderten, wurden Namangans Islamisten 1992 zerschlagen. Ihre Anführer, Jumaboi Khojayev (Juma Namangani) und Tohir Yuldashev, zogen nach Tadschikistan und dann nach Afghanistan und Pakistan, wo sie sich Osama bin Laden anschlossen. Nach dem Ende des tadschikischen Bürgerkriegs gründeten Namangani und Yuldashev 1998 die *Islamische Bewegung Usbekistan* (IBU). Nach terroristischen Aktivitäten in Usbekistan und Kirgistan wurde die IBU 2000–2001 endgültig nach Afghanistan verdrängt. In Afghanistan kämpfte sie an der Seite der Taliban gegen die USA und verbündete sich oft mit deren radikaleren Flügeln wie dem Haqqani-Netzwerk. Die IBU erlitt in den Anfangsjahren schwere Verluste, konnte aber ihre Kräfte wiederherstellen und Einfluss in den nördlichen usbekischen Gebieten Afghanistans gewinnen. Nachdem sich die IBU 2014 mit dem IS verbündet hatte, erlitt sie in Gefechten mit den Taliban erneut beträchtliche Verluste und spaltete sich in Pro-IS- und Pro-Taliban-Fraktionen auf. Ihre gegenwärtige Stärke lässt sich nur schwer abzuschätzen, aber die IBU ist geschwächt und verfügt in Zentralasien vermutlich nur über begrenzten Einfluss und Rückhalt. Dennoch könnten IBU-Kämpfer dort theoretisch Angriffe ausführen oder Unterstützer finden.

Die transnationale Bewegung *Hizb ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“, HT) genießt in der Region ebenfalls Unterstützung,

insbesondere im Ferghanatal und in Usbekistan. Während sie ähnliche politische Ziele wie die militanten Islamisten haben, beschreibt sich die HT selbst als „nicht gewalttätig“. Ihre Unterstützer beteiligten sich dennoch gelegentlich an gewaltsamen Aktionen. Über ganz Zentralasien gesehen ist die Unterstützung für die HT schwierig abzuschätzen, wird aber meist als beträchtlich – Tausende Anhänger – eingestuft.<sup>2</sup> Von den lokalen Behörden wird die Gruppierung bei Protesten und Gewalt oft mit wenig Beweisen beschuldigt. 2005 nahmen die usbekischen Behörden die Tötung Hunderter Protestierender in Andijon in Kauf, die sie beschuldigten, von der IBU unterstützte HT-Mitglieder zu sein.

Als Beweis für die Macht des militanten Islam in Zentralasien lässt sich die hohe Zahl an Personen anführen, die sich dem IS und Al-Qaida in Syrien oder dem Irak angeschlossen haben. Eine Schätzung geht von über 500 Kämpfern aus Kasachstan, über 500 aus Kirgistan, über 1 500 aus Usbekistan, 1 300 aus Tadschikistan und über 400 aus Turkmenistan aus, die bis Ende 2016 dorthin gereist sind. Die Gesamtzahl ist mit der Zahl der Kämpfer aus der gesamten EU vergleichbar.<sup>3</sup> Laut lückenhaften Zahlen sind auch Hunderte zentralasiatische Frauen und Kinder in den Nahen Osten gezogen. Die vom IS versprochene egalitäre, blühende und unverdorrene religiöse Utopie erwies sich also für viele Zentralasiat:innen als attraktiv. Zwar mögen die Hunderte von Rückkehrern mit afghanischen Islamisten, einschließlich dem IS-K, sympathisieren,<sup>4</sup> aber die meisten zentralasiatischen Islamisten wurden im Nahen Osten getötet. Dies hat das Kampfpotential des Islamismus in der Region gravierend geschwächt. Für Russland gilt das gleiche: Über 3 400 Russen zogen nach Syrien und in den Irak in den Kampf, aber dieser Exodus schwächte den militanten Islamismus in Russland.

### **Taliban und IS in Afghanistan**

Seit dem Abzug der internationalen Truppen im August 2021 hat sich die humanitäre Situation in Afghanistan erheblich verschlechtert. Die UN hat für 2022 den rekordhohen Betrag von 5 Mia. US-Dollar als humanitäre Hilfe erbeten. Die Taliban-Herrschaft ist bisher von Regierungsumbildungen, mangelnder politischer Einbindung von Minderheiten, Rückschritten bei Frauenrechten und Angriffen auf frühere Sicherheitskräfte und ethnische Minderheiten gekennzeichnet. So ist völlig unklar, ob die Taliban fähig sind, das Land zu verwalten, seine Grenzen zu kontrollieren, Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen, die Wirtschaft wiederherzustellen und eine landesweite Hungersnot zu verhindern. Ebenfalls unklar ist die Haltung der Taliban zu humanitärer Hilfe seitens westlicher Organisationen.

Beim Versuch, Afghanistan zu stabilisieren, werden die Taliban allerdings breite internationale Unterstützung brauchen. Im Austausch dafür und für eine diplomatische Anerkennung werden sie sich vermutlich verpflichten müssen, Minderheiten- und Frauenrechte zu respektieren, die Opiatproduktion einzudämmen

1) Omelicheva, Mariya Y.: Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien. In: RGOW 45, 2 (2017), S. 6–8.

2) Olimova, Saodat; Tolipov, Farkhod: Islamic Revival in Central Asia. The Case of Uzbekistan and Tajikistan. In: documentos CIDOB Asia 26, March 2011.

3) Barrett, Richard: Beyond the Caliphate. Foreign Fighters and the Threat of Returnees. The Soufan Center, October 2017.

4) Bulan Institute of Peace Innovations: The Repatriation, Rehabilitation and Reintegration of Women and Children from Syria and Iraq. The Experiences of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan. Geneva, June 2021.

und andere militante Islamistengruppen in Schach zu halten, die Angriffe im Ausland planen. Die Zersplitterung der Taliban und der Aufstieg des IS-K erschweren die Bewältigung dieser Herausforderungen. Sollten die Taliban eine solche Abmachung nicht einhalten können, müssen sie mit Widerstand seitens der USA und der Regionalmächte rechnen, die dann selbst gegen Sicherheitsrisiken vorgehen würden. Eine diplomatische Isolation Afghanistans und/oder eine Einmischung, z. B. Drohnenschläge gegen den IS-K, werden jedoch die Herrschaft der Taliban weiter untergraben und die humanitäre Situation verschlimmern.

Zwischen 2014 und 2018 ist der IS-K enorm erstarkt. Die Gruppe beging Hunderte (Selbstmord-)Angriffe gegen Zivilisten, die Taliban und proamerikanische Kräfte. Die Anschläge zielten insbesondere auf schiitische Muslime, um Konfessionskonflikte zu schüren.<sup>5</sup> So ist der IS-K als radikal militante islamistische Alternative zu den Taliban aufgestiegen. Er propagiert eine transnationale Vorstellung von Khorasan und will in andere muslimische Regionen expandieren; dabei stützt er sich auf die Rekrutierung pakistanischer und internationaler Kämpfer und fordert so den afghanozentrischen Charakter der Taliban und ihre afghanisch-paschtunische Mitgliedschaft heraus. Zudem verurteilte der IS-K die Taliban für ihre Verhandlungen mit den USA. Zwischen 2018 und 2020 erlitt er jedoch schwere Verluste und verlor seine Hochburgen in Afghanistan. Seit der Machtübernahme der Taliban wurde der IS-K weiter geschwächt, aber nicht vernichtet. Im Sommer und Herbst 2021 hat die Gruppierung wichtige Ziele in Kabul getroffen und könnte dank Kämpfern aus Pakistan wieder gestärkt werden. Zwar könnte der IS-K interessiert sein, Ziele in Zentralasien und Russland anzugreifen, aber es gibt momentan keine Hinweise, dass er dies als Priorität sieht oder dort mit oder ohne Unterstützung der IBU zuschlagen kann. Da er jetzt unter starkem Druck der Taliban steht, wird er vermutlich kaum Ressourcen für Angriffe im Ausland abzweigen können.

Seit August 2021 sind tausende Menschen aus Afghanistan nach Zentralasien geflohen, zumeist nach Tadschikistan.<sup>6</sup> Tadschikistan war auch als einziges Land zunächst offen dafür, die afghanische Opposition zu unterstützen. Emomali Rachmon, der in Duschanbe seit dem Bürgerkrieg an der Macht ist, wollte so die pan-tadschikische Solidarität nutzen, um von der breiten Unzufriedenheit mit seinem Regime abzulenken, während er eine Unterstützung der Opposition nicht wirklich in Betracht zog. Trotz der pan-tadschikischen Rhetorik hat das Land mittlerweile viele Flüchtlinge wieder abgeschoben. Andere zentralasiatische Staaten und Russland scheinen bereit, sich mit den Taliban abzufinden, und noch weniger gewillt, Flüchtlinge aufzunehmen. Usbekistan und Turkmenistan öffneten im Herbst 2021 wieder ihre Grenzen für den Handel mit Afghanistan. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn die Taliban Islamisten in Zentralasien unterstützen oder unfähig sind, die Sicherheits- und humanitäre Lage in Afghanistan zu stabilisieren. In einem solchen Szenario würde auch die Gefahr wachsen, dass islamistische Kämpfer nach Zentralasien eindringen. Von solchen Sorgen zeugt auch, dass Russland und Tadschikistan



Im August 2021 marschierten die Taliban in Kabul ein.

Foto: Voice of America News

ihre bestehende Militärkooperation an der tadschikisch-afghanischen Grenze im Dezember 2021 verstärkt haben.

Schließlich bleibt für alle postsowjetischen Länder das Problem des afghanischen Opiathandels über die sog. nördliche Route eine Herausforderung, die durch das Ferganatal nach Russland führt. Es ist noch nicht abzusehen, wie sich Drogen- und andere kriminelle Netzwerke nach der Taliban-Machtübernahme organisieren, aber dies könnte ebenfalls die Instabilität in der Region erhöhen und zu einem Eindringen von Kämpfern führen.

### Eine überschätzte Bedrohung

Seit dem sowjetisch-afghanischen Krieg spekulieren Beobachter über eine islamistische Bedrohung aus Afghanistan für Zentralasien. Abgesehen von wenigen antikommunistischen grenzüberschreitenden Mudschaheddin-Angriffen in den späten 1980er Jahren und einer halbherzigen Unterstützung für die tadschikischen Islamisten während des Bürgerkriegs hat sich dies allerdings nicht bewahrheitet. Heute gibt es ähnliche Debatten über militante Islamisten, die Zentralasien ins Visier nehmen und dort Unterstützung unter den lokalen Salafisten finden. Doch wie zuvor scheint diese Bedrohung überschätzt und vor allem von den lokalen autoritären Herrschern als Vorwand benutzt zu werden, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Da die Taliban, eine paschtunische Bewegung, nie nach Zentralasien expandieren wollten, geht die Bedrohung vorwiegend vom IS-K und der IBU aus. Beide Gruppen haben jedoch auf dem Höhepunkt ihrer Stärke 2017–2018 in Zentralasien keine Angriffe ausgeführt. Aktuell sind sie geschwächt und in einem Überlebenskampf gegen die Taliban verwickelt, die dabei ironischerweise von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden und weitgehend die afghanischen Grenzen kontrollieren. Es wird dauern, bis der IS-K oder die IBU Ressourcen zum postsowjetischen Raum umleiten können. Für den IS-K wäre es sogar kontraproduktiv, sich auf Zentralasien zu fokussieren. Die Region ist unter dem russischen Sicherheitsschirm und ihr strategischer Wert ist im Vergleich zu einer Expansion nach Süd- und Südostasien begrenzt. Zwar gibt es eine Bedrohung durch afghanische militante Islamisten in Zentralasien, doch die wahren Gefahren für die Stabilität der Region liegen in ihren inneren Problemen, wie die jüngsten Unruhen in Kasachstan zeigen.

5) <https://www.csis.org/blogs/examining-extremism/examining-extremism-islamic-state-khorasan-province-iskp>.

6) Umarov, Temur: Why Tajikistan is Taking a Stand against the Taliban. Carnegie Moscow Center, 26. 10. 2021.

Beate Eschment

# Taktisches Manöver. Tadschikische Reaktionen auf den Sieg der Taliban

Die tadschikische Regierung hat als einzige der zentralasiatischen Republiken mit deutlichen Worten auf die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan reagiert. Einerseits warnte sie vor einer islamistischen Bedrohung aus dem südlichen Nachbarland, andererseits gerierte sich der tadschikische Präsident als Schutzherr aller Tadschiken. Beide Diskurse gelten jedoch nicht den Problemen Afghanistans, sondern vor allem dem eigenen Machterhalt der politischen Elite in Duschanbe.

Nach dem Einmarsch der Taliban in Kabul im August 2021 überraschte Tadschikistan viele Beobachter mit einer deutlich kritischeren Reaktion gegenüber den neuen Machthabern als Usbekistan und Turkmenistan, den beiden anderen postsowjetischen Nachbarstaaten Afghanistans. In allen drei Ländern bestehen

**Beate Eschment**, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin.

große Ängste bezüglich eines Vordringens des Islamismus nach Zentralasien. Doch im Gegensatz zu seinen beiden Amtskollegen beklagte der tadschikische Präsident Emo-

mali Rachmon sowohl vor heimischem Publikum wie auch auf internationalem Parkett Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban und warnte vor einer humanitären Katastrophe. Nachdrücklich forderte er die Bildung einer inklusiven Regierung, d. h. einer Regierung, an der die Vertreter der nicht-paschtunischen Ethnien beteiligt sein sollten, gemeint waren vor allem die Tadschiken Afghanistans. Offiziell wurde es zwar bestritten, doch entwickelte sich die tadschikische Hauptstadt Duschanbe zu einem Sammelpunkt der Anti-Taliban-Kräfte.<sup>1</sup>

Vor dem Hintergrund, dass Tadschikistan mit 1 344 km von den drei zentralasiatischen Anrainerstaaten die mit Abstand längste Landgrenze zu Afghanistan hat, die zudem schwer zu schützen ist, und dass das Land nach Meinung von Fachleuten der militärisch schwächste Staat Zentralasiens ist, wirkte dieses nahezu konfrontative Verhalten erstaunlich. Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt jedoch, dass diese Haltung keineswegs so neu ist und sich mit innenpolitischen Besonderheiten Tadschikistans erklären lässt.

## Schwierige Nachbarschaft

Tadschikistan und Afghanistan verbindet eine nicht unproblematische Geschichte. Historisch gehören die beiden heutigen Staaten zu einem gemeinsamen Kulturraum, der durch die Staatsbildungen im Rahmen der europäischen Expansion geteilt wurde und zu z. T. sehr unterschiedlichen Entwicklungen auf beiden Seiten der Grenze führte. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, dass die Grenze zwischen 1936 und 1991 sogar komplett dicht war. Der Anteil der Tadschiken an der Bevölkerung Afghanistans wird auf 25–30 Prozent bzw. 9 Mio.

geschätzt. Damit leben mehr Tadschiken in Afghanistan als in Tadschikistan (ca. 7 Mio.)

Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren grenzüberschreitende Kontakte wieder möglich, diese waren jedoch stark geprägt von den bewegten inneren Entwicklungen in beiden Staaten. Während des Bürgerkrieges in Tadschikistan (1992–1997) flüchteten beispielsweise nach Angaben des UNHCR ca. 60 000 tadschikische Staatsbürger nach Afghanistan. Gleichzeitig operierten die Islamisten von dort aus bzw. wurden von afghanischen Islamisten unterstützt.<sup>2</sup> Die in dieser Zeit entstandenen grenzüberschreitenden Netzwerke blieben auch nach dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges 1997 bestehen und wirken bis heute fort. Seit Beginn der 2000er Jahre entwickelten sich davon unabhängig und ungeachtet politischer Erschütterungen vielerlei neue direkte Verbindungen über die Grenze hinweg. Auf staatlicher Ebene waren die Kontakte insbesondere im Bereich der für beide Seiten wichtigen Wirtschaftsbeziehungen besonders rege. Auch wenn der Umfang nur sehr gering ist, ist Tadschikistan auf die Einnahmen seiner Stromlieferungen nach Afghanistan angewiesen wie auch auf die Fertigstellung des Infrastrukturprojekts CASA 1000, mit dem Strom aus Zentralasien durch Afghanistan nach Südasien exportiert werden soll.

Andererseits wurde Afghanistan immer auch als eine Bedrohung für Tadschikistan wahrgenommen, weniger wegen des regen Drogenhandels,<sup>3</sup> denn als Ausgangspunkt islamistischer Bedrohungen. Die von Afghanistan ausgehende Gefahr besteht aus Sicht der tadschikischen und vieler anderer GUS-Regierungen vor allem im Islamismus, einer befürchteten „Anfälligkeit“ der eigenen Bevölkerung gegenüber extremistisch-religiöser Propaganda sowie der Angst vor Islamisten zentralasiatischer Herkunft, die von ihrem afghanischen Exil aus in ihrer Heimat operieren könnten.

## Islam(ismus) in Tadschikistan?

Auf den ersten Blick wirkt diese Befürchtung im Falle Tadschikistans berechtigt. Seit Jahren werden immer wieder tadschikische Staatsbürger wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung

1) Sadozai, Mélanie: Taliban at the Border: A New Regime Neighboring Tajikistan. In: CAP Paper No 267, 22 October 2021, S. 6f.

2) Ubaidulloev, Zubaidullo: Afghanistan–Tajikistan Relations: Past and Present. In: Asia-Pacific Review 21, 1 (2014), S. 120–136, hier S. 123.

3) Die Bedeutung des Drogenhandels für die tadschikische Wirtschaft wie für die tadschikische Haltung gegenüber den Taliban bleibt hier aus Platzgründen ausgespart.

islamistischer Vereinigungen verurteilt. Tadschiken sollen die größte Gruppe unter den aus Zentralasien stammenden Kämpfern in Syrien gebildet haben. 2015 lief der OMON-Chef des Landes zum IS über, und im Juli 2018 verübten Islamisten einen Anschlag auf ausländische Radfahrer, um nur einige der spektakulärsten Vorfälle der letzten Jahre zu nennen.

Tatsächlich ist die Gefahr des Islamismus für Tadschikistan jedoch nur schwer zu bestimmen, da der Machtausbau des autoritär regierenden Präsident Rachmon und der „Kampf gegen den Islamismus“ nahezu untrennbar miteinander verknüpft sind.<sup>4</sup> Die Beschwörung der islamistischen Gefahr dient der Legitimierung antidemokratischer Maßnahmen wie der Ausschaltung von Kritikern. Das Verbot der *Partei der Islamischen Wiedergeburt* 2015 und die Verfolgung ihrer Mitglieder richtete sich tatsächlich nicht gegen religiöse Extremisten, sondern gegen die letzte nach dem Friedensschluss 1997 übriggebliebene offizielle oppositionelle Partei. Nicht wenige Beobachter befürchteten 2015 sogar, dass sich das Verbot der gemäßigt islamistischen Partei radikalierend auf ihre Anhänger auswirken könnte.

Das afghanische Modell hatte schon vor der Machtübernahme der Taliban wenig Reizvolles für die tadschikische Bevölkerung, die aktuellen Meldungen dürften ein Übriges

tun. Eine Radikalisierung von Tadschiken findet bislang eher in Russland statt. Schwerer einzuschätzen ist, wie groß die Gefahr von Aktionen zentralasiatischer Exil-Extremisten von Afghanistan aus ist. Die Taliban haben zwar mehrfach zugesichert, dass von afghanischem Boden keine terroristische Bedrohung für andere

### **Die Beschwörung der islamistischen Gefahr dient der Legitimierung antidemokratischer Maßnahmen wie der Ausschaltung von Kritikern.**

Länder ausgehen werde und sie die Aktivitäten globaler Dschihadisten unterbinden, doch bleibt abzuwarten, ob sie dieses Versprechen einhalten (können).

Die Beschwörung der terroristisch-islamistischen Gefahr hat schon seit vielen Jahren nicht nur innenpolitische, sondern auch außen- und sicherheitspolitische sowie finanzielle Motive. Vor allem im Rahmen der *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS) wurde Präsident Rachmon nicht müde, vor der afghanischen Gefahr zu warnen. Ergebnis waren nicht nur wiederholt große Manöver der Mitgliedstaaten oder auch nur Russlands in Tadschikistan, sondern auch erhebliche Unterstützung bei der Aufrüstung und Modernisierung der tadschikischen Streitkräfte. Und auch jetzt hat Tadschikistan von der Situation profitiert. Neben Russland sind auch China und in geringem Maße die USA dabei, Tadschikistan militärisch aufzurüsten.

### **Versuchte Darstellung als Schutzherr aller Tadschiken**

Zwar hat Präsident Rachmon seit den 1990er Jahren die von Tadschiken dominierte sog. Nordallianz in Afghanistan unterstützt, sein Drängen auf eine inklusive afghanische Regierung und der damit formulierte Anspruch als Schutzherr der afghanischen



Regel Betrieb an einem Markt an der afghanisch-tadschikischen Grenze.

Foto: Shutterstock.com

Tadschiken ist aber relativ neu. Die als Tadschiken bezeichneten Menschen auf beiden Seiten der Grenze haben zwar eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte, doch hat sich daraus bislang keine gemeinsame Identität oder pan-tadschikische Bewegung entwickelt. Das Konzept ethnischer Identitäten war in Zentralasien historisch lange Zeit unbekannt und hat sich auf beiden Seiten der tadschikisch-afghanischen Grenze unterschiedlich entwickelt. In der Sowjetunion bekam die persischsprachige Stadtbevölkerung Mittelasiens in den 1920er Jahren mit der Tadschikischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine eigene territoriale Einheit und darauf aufbauend eine von oben geschaffene und institutionalisierte Identität.<sup>5</sup> In Afghanistan blieb dagegen die Bedeutung des Ethnischen bis in die 1980er Jahre gering. Entstehung und Bedeutung sind bis heute unter Experten umstritten. Die Inhalte dieser Identität sollen innerhalb Afghanistans verschieden sein und unterscheiden sich grundlegend von denen der Bewohner des ehemals sowjetischen Tadschikistan.<sup>6</sup>

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich aber ausgehend von der Bildungsschicht Tadschikistans auch in der breiten Bevölkerung ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die als rückständig wahrgenommenen Verwandten in Afghanistan Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe sind, mit deren Not man sich zu solidarisieren begann. Dies fand im Sommer 2021 seinen Ausdruck darin, dass Hunderte von tadschikischen Staatsbürgern aus grenznahen Gebieten öffentlich anboten, in Afghanistan gegen die Taliban zu kämpfen und die ökonomisch schlecht gestellte Bevölkerung Tadschikistans sich sehr hilfsbereit gegenüber Flüchtlingen aus Afghanistan zeigte. Präsident Rachmon, der schon lange die Entwicklung eines tadschikischen Nationalismus innerhalb seines Landes fördert, konnte also davon ausgehen, mit einem Eintreten für die Interessen afghanischer Tadschiken bei der eigenen Bevölkerung zu punkten. Der Erfolg gab ihm Recht: Das Narrativ von den benachteiligten Tadschiken bei der Besetzung von Führungspositionen kam besonders gut bei Intelligenz und Zivilgesellschaft an, welche die Taliban mit Paschtunen gleichsetzten, die die Tadschiken unterdrückten.

4) Lemon, Edward; Thibault, Hélène: Counter-extremism, Power and Authoritarian Governance in Tajikistan. In: Central Asian Survey 37, 1 (2018), S. 137–159.

5) Brasher, Ryan: Ethnic Brother or Artificial Namesake? The Construction of Tajik Identity in Afghanistan and Tajikistan. In: Berkeley Journal of Sociology 55 (2011), S. 97–120, hier S. 99.  
6) Die Darstellung folgt diesbezüglich vor allem Schetter, Conrad: Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan. Berlin 2003.



Ein Blick auf die bisherige Besetzung von Führungspositionen in Afghanistan relativiert diese Wahrnehmung allerdings ein wenig. Als zweitgrößte Ethnie und Angehörige einer urbanen Mittelschicht hatten Tadschiken in Afghanistan seit dem Zweiten Weltkrieg oft Schlüsselpositionen inne; an der Spitze standen aber ganz unabhängig von der vorherrschenden politischen Orientierung Paschtunen. Eine Ausnahme bildete die kurze Zeit der Regierung der Mudschahedin, als der Tadschike Burhanuddin Rabbani von 1992–1996 Präsident war. Aber auch in der ersten Talibanregierung (1996–2001) waren drei Minister Tadschiken.<sup>7</sup> Im Vergleich zu anderen Ethnien Afghanistans waren nicht nur Paschtunen, sondern auch Tadschiken oft privilegiert.<sup>8</sup> Und auch in der Regierung, die die Taliban im September 2021 vorstellten, gab es vier tadschikische Mitglieder (von 53) sowie sechs anderer ethnischer Zugehörigkeit.<sup>9</sup>

In Duschanbe wird die Ursache für die Instabilität Afghanistans schon seit Jahren ethnisch und nicht religiös interpretiert.<sup>10</sup> Dass sich Präsident Rachmon aber ausgerechnet im problematischen Moment der Machtübernahme der Taliban für eine inklusive Zusammensetzung der afghanischen Regierung engagierte, legt den Gedanken nahe, dass es ihm dabei vor allem um Wirkung bei der tadschikischen Bevölkerung und weniger um die Stabilität Afghanistans ging. Sein Engagement für die afghanischen Tadschiken galt auch nur so lange, wie sie in Afghanistan blieben. Nach anfänglichen vollmundigen Ankündigungen wurde die Grenze für Flüchtende aus Afghanistan im Herbst 2021 schnell abgeriegelt und die Anerkennung derjenigen, die es bis nach Tadschikistan geschafft hatten, verschleppt.

Präsident Rachmon hat derzeit allen Grund, die Bevölkerung des Landes durch nationalistische Narrative von ihren realen Lebensumständen abzulenken. Tadschikistan war bereits die ärmste Sowjetrepublik und hat seither mit erheblichen ökonomischen Problemen zu kämpfen. Das BIP soll im Vor-Corona-Jahr 2019 bei 33,4 Mrd. US-Dollar gelegen haben, die öffentliche Verschuldung bei rund 50 Prozent des BIP, mindestens 25 Prozent der Bevölkerung lebten unter Armutsgrenze.<sup>11</sup> Fehlende Arbeitsplätze verbunden mit einem sehr hohen Bevölkerungswachstum haben geschätzt mehr als eine Mio. Tadschiken als Arbeitsmigranten vor allem nach Russland geführt. Deren Rücküberweisungen sind in ihrer Bedeutung für die Familien, aber auch den Staat kaum zu überschätzen: 2019 stand Tadschikistan mit einem Anteil der Rücküberweisungen von 31 Prozent am BIP weltweit an dritter Stelle. Durch Corona hat sich die ökonomische Lage noch einmal dramatisch verschlechtert: 2020 gingen die Rücküberweisungen im Vergleich zum Vorjahr um über 30 Prozent zurück; es gab Rückstände bei der Lohnauszahlung und Preissteigerungen für Lebensmittel um bis zu 40 Prozent.

7) Strick van Linschoten, Alex; Kuehn, Felix (eds.): *The Taliban Reader. War, Islam and Politics*. London 2018, S. 253.

8) Laruelle, Marlene: *Assessing Uzbekistan's and Tajikistan's Afghan Policy. The Impact of Domestic Drivers*. In: *Central Asian Affairs* 1 (2014), S. 108–132, hier S. 122.

9) <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/afghanistan/afghanistans-taliban-expand-their-interim-government>.

10) Laruelle, *Assessing* (Anm. 8), S. 114.

11) <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/tajikistan/#economy>.

## Manöver zur Ablenkung von inneren Problemen

Auch wenn die Spannungen zwischen Tadschikistan und Afghanistan im Herbst 2021 auf außenstehende Beobachter schon so bedenklich wirkten, dass Vertreter Pakistans wie Russlands versuchten, mäßigend auf Präsident Rachmon einzuwirken,<sup>12</sup> bewegte sich dieser mit seinen Warnungen auf vertrautem Terrain und war durchaus erfolgreich. Der Umfang des Warenaustausches zwischen beiden Staaten ist 2021 im Vergleich zum Vorjahr (jeweils Januar bis November) um ca. 25 Prozent gestiegen. Die Stromlieferungen nach Afghanistan wurden trotz hoher afghanischer Rückstände (11 Mio. US-Dollar) und angespannter Beziehungen nicht nur nicht eingestellt, sondern Ende Dezember 2021 wurde sogar ein neuer Liefervertrag unterzeichnet.<sup>13</sup> Der für Tadschikistan wichtige Gütertransit über den Grenzübergang Sher Khan Bandar geht weiter.

Bei Präsident Rachmons Beschuldigungen und Forderungen gegenüber den Taliban handelte es sich vor allem um Manöver, mit denen er von internen ökonomischen Problemen und schlechter Stimmung ablenken und international Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen wollte. Darin sind sich praktisch alle Kommentatoren einig.<sup>14</sup> Dieses Vorgehen ist keineswegs neu und nicht nur typisch für Tadschikistan. „Afghanistans Instabilität ist eine Einnahmequelle für Eliten“, schrieb Marlene Laruelle schon 2014 in Bezug auf Tadschikistan wie andere zentralasiatische Staaten.<sup>15</sup> Deren Reaktion auf die Machtübernahme der Taliban unterschied sich nur deshalb von der tadschikischen, weil die inneren Verhältnisse und zwischenstaatlichen Interessen wie auch die Verbindung zu den Angehörigen der eigenen Ethnie und deren Situation in Afghanistan beispielweise im Fall Usbekistan ganz andere sind.<sup>16</sup>

Die Situation in Tadschikistan und viel mehr natürlich in Afghanistan bleibt angespannt und unsicher. Aktuell ist aber alles wie gewohnt: Das zwischenstaatliche Verhältnis ist nicht konfliktfrei,<sup>17</sup> Präsident Rachmon fordert weiterhin internationale Unterstützung gegen ein befürchtetes Eindringen von mehreren Tausend militanten Islamisten aus Afghanistan,<sup>18</sup> was wie erwähnt jedoch keinen negativen Einfluss auf die wirtschaftlichen Kontakte hat. Für Afghanistan wie für seine zentralasiatischen Nachbarn scheint wie vor der Machtübernahme der Taliban zu gelten: „Derzeit scheint es, dass beide Seiten das bekommen, was sie wollen.“<sup>19</sup>

12) <https://jamestown.org/program/tajikistan-afghanistan-tensions-a-hurdle-for-russia-taliban-romance/>.

13) <https://fergana.agency/news/124411/>.

14) <https://jamestown.org/program/tajikistan-breaks-from-neighbors-in-policy-toward-afghanistan/>; <https://carnegiemoscow.org/commentary/85649>.

15) Laruelle, *Assessing* (Anm. 8), S. 117.

16) Vgl. zu Usbekistan ebd.

17) Der afghanische Verteidigungsminister forderte am 12.01.2022 Tadschikistan (und Usbekistan) nachdrücklich zur Rückgabe von Flugzeugen und Hubschraubern auf, mit denen Piloten der afghanischen Armee im Sommer 2021 aus dem umkämpften Afghanistan nach Duschanbe und Taschkent geflohen waren. Vgl. <https://fergana.agency/news/124633/>.

18) <https://eurasianet.org/tajikistan-uzbekistan-make-deals-with-taliban-but-watch-border-warily>.

19) <https://www.rferl.org/a/central-asia-taliban-afghanistan/31609112.html>.

Brian G. Carlson

# Die Taliban im Fokus Chinas und Russlands

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan könnte das Verhältnis zwischen China und Russland ernsthaft auf die Probe stellen. Einerseits besteht die Möglichkeit der Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit, unter anderem in regionalen Sicherheitsangelegenheiten. Andererseits kann sich die Beziehung der beiden Staaten wegen divergierender Interessen aber auch verschlechtern.

Für China und Russland birgt die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sowohl Chancen als auch Risiken. Angesichts der anhaltenden Machtposition der Taliban haben beide Länder ihre Beziehungen zu dieser Bewegung in den letzten Jahren gepflegt und könnten sie, in der Hoffnung,

**Brian G. Carlson**, Ph. D., leitet das Team „Global Security“ am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

ihre eigenen Interessen zu wahren, als rechtmäßige Regierung anerkennen. Für China und Russland stellen der Rückzug der US-Truppen und die

Machtübernahme der Taliban eine Chance dar, das Ansehen der USA in der Welt zu schwächen, jegliche Möglichkeit einer langfristigen US-Militärpräsenz im Herzen Eurasiens zu verhindern und ihren eigenen Einfluss in der Region zu stärken. Zugleich beobachten beide Staaten die Risiken einer neuerlichen Instabilität und eines Wiederauflebens des Terrorismus in der Region mit größter Aufmerksamkeit. Ungeachtet der sich nun bietenden Chancen könnte eine Taliban-Herrschaft in Afghanistan sich letztendlich als Bürde für beide Staaten erweisen.

Diese ähnlichen Perspektiven ermöglichen auch eine Zusammenarbeit und weitere Verbesserung des Verhältnisses zwischen China und Russland. Da sich seit dem Abzug der US-Truppen allerdings eine neue regionale Ordnung abzuzeichnen beginnt, könnten latente Spannungsherde, die die beiden Staaten bisher relativ problemlos in Schach gehalten haben, an die Oberfläche gelangen und zu neuen Problemen führen. Aufgrund der geografischen Lage Afghanistans an der Schnittstelle von Zentral- und Südasien besteht kein Zweifel daran, dass die Zukunft dieses Landes die Dynamik der chinesisch-russischen Beziehungen in beiden Regionen beeinflussen wird. Bemühungen zur Auflösung potenzieller Konfliktlinien, von denen viele auf den wachsenden Einfluss Chinas in der Region zurückzuführen sind, könnten sich als wichtiger Test für die Beziehung erweisen.

## Chinas Interessen

Für China bietet sich nun die Möglichkeit, den eigenen Einfluss in Afghanistan und in der umliegenden Region zu vergrößern. Chinas höchste Priorität besteht darin, die Instabilität in der Region einzugrenzen und gegen Sicherheitsrisiken in seinen eigenen westlichen Gebieten vorzugehen. Insbesondere versucht China zu verhindern, dass die Situation in Afghanistan den Widerstand der Uiguren und anderer muslimischer Minderheiten gegen Chinas Herrschaft in Xinjiang Auftrieb verleiht.

Trotz der weltweiten Empörung über die Behandlung der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang hat China Ende Juli 2021 eine Delegation hochrangiger Taliban-Vertreter empfangen. In seinem Bericht über dieses Treffen hielt das chinesische Außenministerium fest, dass die Taliban versprochen hätten, „es niemals zuzulassen, dass eine Partei auf afghanischem Territorium für China schädliche Handlungen vornimmt“. Zuvor hatte ein Sprecher der Taliban bereits versprochen, dass sie sich nicht in die „internen Angelegenheiten“ Chinas einmischen würden. China hatte die Taliban während ihrer ersten Herrschaft zwischen 1996 und 2001 nicht anerkannt. Dies könnte sich nun ändern. So wie Russland begann China schon vor der jüngsten Machtübernahme, diplomatische Kontakte zu den Taliban zu knüpfen und empfing bereits 2019 eine frühere Delegation.

Neben dem Bestreben, die Sicherheit in den eigenen westlichen Regionen zu wahren, bietet sich China nun auch die Möglichkeit, wirtschaftliche Interessen in Afghanistan zu verfolgen. Schon 2008 erwarb ein chinesisches Unternehmenskonsortium eine Konzession für die Kupfermine in Mes Aynak. Afghanistan verfügt vermutlich über Bodenschätze im Wert von beinahe einer Billion US-Dollar, darunter auch Seltene Erden. China könnte Afghanistan auch in seine *Belt and Road Initiative* (Projekt „Neue Seidenstraße“, BRI) einbinden. So könnte es beispielsweise eine Fernstraße von Peshawar nach Kabul errichten, die Afghanistan an den *China-Pakistan Economic Corridor* (CPEC) anbinden würde. China hat bereits mit dem Bau einer Hauptverkehrsstraße durch den Wakhan-Korridor begonnen, die Xinjiang mit Pakistan und Zentralasien verbinden wird. China könnte sogar versuchen, über Afghanistan eine Anbindung an den Iran und Südwestasien herzustellen. Die Taliban haben ihre Offenheit für chinesische Infrastrukturinvestitionen bereits signalisiert.

Derartige Investitionen setzen voraus, dass es sich bei Afghanistan um ein sicheres Umfeld handelt – eine eher unwahrscheinliche Perspektive. Im Juli fielen neun Personen chinesischer Nationalität einem Terroranschlag in Pakistan zum Opfer. Dies macht die Risiken ersichtlich, denen China in Afghanistan ausgesetzt ist. Bei der Verteidigung seiner Interessen im Ausland hat China bisher gezögert, militärische Mittel außerhalb seiner

**Chinas höchste Priorität besteht darin, die Instabilität in der Region einzugrenzen und gegen Sicherheitsrisiken in seinen eigenen westlichen Gebieten vorzugehen.**

Landesgrenzen einzusetzen. Einer massiven Einmischung in die Sicherheitsbelange Afghanistans, dem berüchtigten „Friedhof der Großmächte“, dürfte China besonders vorsichtig gegenüberstehen. Die Sicherung der eigenen Grenzen ist zwar unabdingbar, doch die Errichtung einer weitläufigen Sicherheitspräsenz zum Schutz von Investitionen im Ausland ist ein heikleres Unterfangen. Schließlich ist es denkbar, dass China aufgrund seiner Sicherheitsbedenken gar nicht oder nur stark eingeschränkt in Afghanistan investieren wird.

### Russlands Interessen

Bei Russlands Zielen stehen sicherheitspolitische Überlegungen im Vordergrund. Als wichtigstes Ziel gilt die Sicherung von Afghanistans nördlichen Grenzen zu Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Dies ist notwendig, um Russlands eigene Südgrenze vor Instabilität zu schützen, wie z. B. vor Aktivitäten des Islamischen Staats (IS) und vor Drogenhandel. Neben dem Luftwaffenstützpunkt Kant in der Nähe von Bischkek in Kirgistan verfügt Russland über die Basis der 201. Infanteriedivision in und um Duschanbe in Tadschi-

**Im Gegensatz zu China verfügt Russland nicht über die finanziellen Ressourcen, um in Afghanistan oder in der umliegenden Region umfangreiche Investitionen tätigen zu können.**

kistan. Dabei handelt es sich um mehrere Militäreinrichtungen mit 7 000 russischen Soldaten und damit um die größte ausländische Militärbasis Russlands. Als die Taliban im August 2021 Territorien im Norden Afghanistans dazugewannen, hielt Russland auf tadschikischem Boden, nur etwa 20 Kilometer von der afghanischen Grenze entfernt,

gemeinsam mit Usbekistan und Tadschikistan Militärbungen ab, um die Entschlossenheit der drei Länder zu demonstrieren, die Sicherheit in der Region aufrecht zu erhalten. Russland versucht, die *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS), zu deren sechs Mitgliedstaaten Tadschikistan zählt, dem aber Usbekistan und Turkmenistan nicht angehören, zu nutzen, um sich als wichtigster Garant für die Sicherheit in der Region zu profilieren.

Dieses Bestreben gilt allerdings nicht für das Staatsgebiet Afghanistans. Die sowjetische Besetzung Afghanistans von 1979 bis 1989, die mit einem demütigenden Rückzug endete, ist Russland schmerzhaft in Erinnerung geblieben. Russland möchte weder in Afghanistans interne Sicherheitsangelegenheiten involviert werden noch verfolgt es Interessen, die dies erforderlich machen würden. Im Laufe der letzten Jahre baute Russland diplomatische Kontakte mit den Taliban auf und setzte schließlich einen parallelen Friedensprozess in Gang, in den Vertreter der Taliban trotz des weiterhin bestehenden Verbots der Bewegung auf russischem Staatsgebiet miteinbezogen wurden. Nun hegt Russland die Hoffnung, seine Interessen durch starke Beziehungen zu den Taliban schützen zu können. Im Gegensatz zu China verfügt Russland nicht über die finanziellen Ressourcen, um in Afghanistan oder in der umliegenden Region umfangreiche Investitionen tätigen zu können. Ange-



Der russische Präsident Putin verhandelt mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping.  
Foto: kremlin.ru

seinem potenziellen neuen Einfluss auf die Taliban könnte Russlands regionale Politik in Zukunft zudem maßgeblich von der Zusammenarbeit mit China abhängen.

### Aussicht auf Zusammenarbeit

Die Basis für solch eine Zusammenarbeit ist vorhanden. Was politische Rhetorik anbelangt, haben sowohl China als auch Russland die jüngsten Ereignisse aufgegriffen, um die USA zu diskreditieren. Als der Sieg der Taliban sich abzeichnete und schließlich eintrat, kritisierten beide Länder die USA für die Misserfolge in Afghanistan in den letzten 20 Jahren, unter anderem für den chaotischen Rückzug der USA. Diese Misserfolge würden das Engagement der USA für ihre Verbündeten und jeglichen Anspruch auf eine globale Führungsrolle unglaubwürdig machen. Obgleich China und Russland den Beitrag, den die USA mit ihren Interventionen zur Stabilität in der Region und zur Bekämpfung des Terrorismus leisteten, anerkannten, versuchten sie, eine unbefristete Militärpräsenz der USA in der Region zu verhindern. Mit der Schließung der US-Militärbasen in Usbekistan 2005 und in Kirgistan 2014 haben sie dieses Ziel schon vor Jahren weitgehend erreicht. Es wird berichtet, der russische Präsident Vladimir Putin habe dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden während des Gipfeltreffens am 16. Juni 2021 in Genf gesagt, dass Russland gegen die Errichtung von US-Militärbasen in Zentralasien sei, und dass China dies ebenfalls ablehnen würde. Putin soll angeboten haben, die Stationierung von US-Streitkräften in russischen Basen in der Region zu gestatten. Es bleibt allerdings unklar, ob dieses Angebot ernst gemeint war.

Nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan könnte die Aussicht auf ein Wiederaufflammen von Instabilität in der Region förderlich für eine Zusammenarbeit zwischen China und Russland werden. Als der Sieg der Taliban im August 2021 in greifbare Nähe rückte, nahmen russische Streitkräfte erstmals an chinesischen Militärbungen auf chinesischem Territorium teil („Joint Western-2021“). Diese Übungen wurden in der Region Ningxia abgehalten und konzentrierten sich auf Terrorismusbekämpfung. Im September führten Russland und China unter der Schirmherrschaft der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) auf russischem Staatsgebiet in der Nähe der Grenze zu Kasachstan gemeinsame Militärbungen durch („Peace Mission 2021“). Auch Anti-Terror-Übungen waren Teil dieser Manöver. Unter der Federführung der SOZ haben Russland und China bereits seit 2005



Afghanisch-chinesische Grenze am Ende des Wakhan-Korridors.

Foto: Crimefighter123 (Wikimedia Commons)

gemeinsame Militärübungen abgehalten, viele davon mit Fokus auf Terrorismusbekämpfung. Sollte sich die Lage in der Region destabilisieren und möglicherweise sogar eine terroristische Bedrohung von Afghanistan ausgehen, könnten China und Russland von diesen Erfahrungen profitieren, um eine gemeinsame Militärintervention in Zentralasien zu starten.

China und Russland könnten ihre Aktionen auch über die SOZ zu koordinieren versuchen, die nach wie vor ihr ursprüngliches Ziel verfolgt, nämlich die Bekämpfung der sogenannten „drei Übel“ Separatismus, Extremismus und Terrorismus. Staats- und Regierungschefs der SOZ-Staaten, die beim hybriden Gipfeltreffen in Duschambe im September 2021 zusammentrafen, sorgten für Schlagzeilen, indem sie Irans Antrag auf eine Vollmitgliedschaft zustimmten. In der Schlussklärung des Gipfeltreffens wurde zu Stabilität in Afghanistan sowie zur Bildung einer Regierung aufgerufen, die alle ethnischen, religiösen und politischen Gruppierungen im Land vertreten sollte. Nichtsdestotrotz wird es für die SOZ nicht einfach werden, eine gemeinsame Afghanistan-Strategie zu entwickeln, insbesondere nachdem die rivalisierenden Staaten Indien und Pakistan 2017 als Vollmitglieder aufgenommen wurden. Mitgliedsstaaten behandeln regionale Angelegenheiten und ihre Beziehungen zueinander weiterhin überwiegend auf bilateraler Ebene.

### Einfluss in Zentralasien

Trotz dieser Chancen für eine chinesisch-russische Zusammenarbeit könnten latente Spannungen im Zusammenhang mit Zentral- und Südasiens sichtbar werden. Ungeachtet der stetigen Annäherung zwischen China und Russland in der Zeit nach dem Kalten Krieg hat sich Zentralasien schon immer als potenzieller Konfliktherd abgezeichnet. Russland würde gerne die Rolle des dominanten Akteurs in der Region einnehmen, sieht seinen Status allerdings durch Chinas kontinuierlich wachsenden Einfluss gefährdet. Bis jetzt haben die beiden Staaten die Situation allerdings relativ gut im Griff. 2015 einigten sie sich darauf, die von Russland angeführte *Eurasische Wirtschaftsunion* an den Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel, die kontinentale Säule der BRI, anzubinden. China war bestrebt, Russland und die Staaten Zentralasiens davon zu überzeugen, dass im

Vordergrund seiner Interessen nicht eine politische Kontrolle über die Region, sondern wirtschaftliche Entwicklung und Vernetzung stünden. Nach gängiger Auffassung besteht zwischen China und Russland eine stillschweigende Abmachung darüber, wie die Rollen in der Region zu verteilen sind: Russland bleibt der wichtigste externe Garant für Sicherheit, während China die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt.

Diese Darstellung wirkte allerdings nie wirklich überzeugend. Es war schon immer davon auszugehen, dass China, dessen wirtschaftliche Interessen in der Region zunahmen, an politischem Einfluss gewinnen und Gründe finden würde, seine sicherheitspolitische Position auszuweiten. Bereits 2016 begann China, mit Pakistan, Tadschikistan und der vorherigen Regierung Afghanistans zu kooperieren, um die Sicherheit in der Region zu sichern. Experten chinesischer Think-Tanks sollen sich bereits mit ihren russischen Pendanten in Verbindung gesetzt haben, um Chinas Absichten in diesem Zusammenhang zu erläutern. Lange Zeit schon bemühte sich China um die Sicherung seiner 91 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan am östlichen Ende des Wakhan-Korridors sowie seiner 477 Kilometer langen Grenze zu Tadschikistan, einem potenziellen Durchgangsland für aus Afghanistan kommende Extremisten oder Terroristen. In den letzten Jahren half China Tadschikistan dabei, Grenzübergänge an der afghanischen Grenze zu errichten und zu verstärken, stärkte die Fähigkeiten der pakistanischen Sicherheitskräfte und baute einen Stützpunkt für afghanische Truppen in den Bergen Badachschan in der Nähe des Wakhan-Korridors auf. Zudem errichtete China in Tadschikistan einen Stützpunkt der Bewaffneten Volkspolizei (PAP). Auch in Afghanistan soll China einen Stützpunkt aufgebaut haben, was China jedoch nie bestätigt hat.

Diese Aktivitäten bargen Konfliktpotenzial für die Beziehung zu Russland. Allerdings muss hinter Chinas sicherheitspolitischen Bemühungen mit Pakistan und Tadschikistan, und nun auch mit den Taliban, nicht unbedingt die Absicht stecken, Russland als Sicherheitsakteur in der Region zu verdrängen. Vielmehr verfolgt China das Ziel, die Sicherheit in jenem Gebiet zu wahren, das ihm am wichtigsten ist, nämlich in seiner westlichen Grenzregion. Statt einer Aufteilung der Aufgaben in wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Bereiche könnten China und Russland sich die Arbeit innerhalb des Sicherheitsgebiets aufteilen, etwa indem sich jeder Staat auf bestimmte Gebiete konzentriert. Mit solch einem Übereinkommen wäre es denkbar, dass Russland Chinas Bemühungen, seine eigenen Grenzen in Zusammenarbeit mit benachbarten Staaten zu sichern, akzeptiert. Langfristig könnte China seine regionale Sicherheitspräsenz allerdings so ausbauen, dass Russlands Position geschwächt würde. Die Frage, wie Russland dazu stehen würde, wenn China seine Sicherheitspräsenz in der Region nicht nur zum Schutz seiner eigenen Grenzen, sondern auch zum Schutz weit gestreuter Investitionen signifikant ausweiten würde, bleibt allerdings unbeantwortet.

---

**Langfristig könnte China seine regionale Sicherheitspräsenz so ausbauen, dass Russlands Position geschwächt würde.**

---



Russisch-chinesische Militärübung „Peace Mission 2021“.

Foto: <https://eng.mil.ru>

### Diplomatische Härte in Südasien

Die jüngsten Entwicklungen könnten auch zu Spannungen in Südasien führen. Schon seit Jahren versucht Russland, das Dreieck Russland-Indien-China zu stärken. Einerseits, um ein Gegengewicht zum Westen zu schaffen, und andererseits, um dank Indien ein subtiles Gleichgewicht im Verhältnis zu China zu erlangen. Diese Bemühungen haben den hochfliegenden Erwartungen jedoch nicht entsprochen und sind unter den wachsenden Spannungen zwischen China und Indien vermehrt unter Druck geraten. Dies bringt Russland in eine unangenehme Lage. Russland ist zwar an einer Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zu Indien interessiert, kritisierte aber Indiens Beteiligung an der US-geführten indopazifischen Strategie sowie die sicherheitspolitisch ausgerichtete *Quad-Gruppe*, der Indien, die USA, Japan und Australien angehören.

Der Sieg der Taliban in Afghanistan könnte zu einer Verschärfung dieser Spannungen führen. Indien war ein entschiedener Befürworter der vorherigen Regierung Afghanistans und stand sowohl Russlands Bemühungen der letzten Jahre, die Taliban zu stärken, als auch dem damit zusammenhängenden Einbezug Pakistans ablehnend gegenüber. Indische Behörden befürchten nun, dass China in Zusammenarbeit mit seinem „Allwetter-Verbündeten“ Pakistan seinen Einfluss in Afghanistan auf Kosten Indiens vergrößern wird. Chinas Versuche, Afghanistan an die BRI und den CPEC anzubinden – Initiativen, die Indien ablehnt –, könnten Indien zusätzlich verunsichern. Vor dem Hintergrund der engen Beziehungen zwischen Pakistan und den Taliban, Chinas Einfluss in Pakistan und Chinas sehr wahrscheinlichem Bestreben, über Pakistan Kontrolle über die Taliban auszuüben, muss Russland darüber hinaus seine regionalen Strategien womöglich mit allen drei Akteuren koordinieren. Diese Tendenzen könnten begünstigen, dass Russland in eine informelle, der Quad-Gruppe entgegengesetzte Gruppierung mit China, Pakistan und dem Iran gerät. Diplomaten dieser vier Staaten kamen bemerkenswerterweise am Rande des SOZ-Gipfels in Duschanbe in der so genannten PIRC-Gruppierung zusammen, um in erster Linie über Afghanistan zu beraten.

### Chinesisch-russische Beziehungen

Für Russland wäre solch ein Ergebnis nicht ideal. Russland würde lieber eine unabhängige Außenpolitik betreiben und

dabei unter Bewahrung der engen Beziehungen zu Indien die Führungsrolle in Zentralasien übernehmen. Derzeit hat die Beziehung zu China jedoch oberste Priorität für Russland, was das Erreichen dieser anderen Ziele erschwert. Dieses Problem könnte sich nach der Machtübernahme der Taliban verschärfen und die chinesisch-russischen Beziehungen möglicherweise belasten. In näherer Zukunft werden beide Staaten jedoch an ihrer Partnerschaft festhalten, was auf ihr gemeinsames Bestreben schließen lässt, diese und mögliche andere Spannungsherde unter Kontrolle zu halten.

Aus der Perspektive des Westens ruft dies das Schreckgespenst einer chinesisch-russischen Vorherrschaft in Zentralasien auf den Plan – ein Zustand, den westliche Entscheidungsträger und Strategen zu vermeiden suchen. Die US-Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten George W. Bush rief die *Greater Central Asia-Strategie* ins Leben, deren Ziel darin bestand, Afghanistan zu stabilisieren und den Staaten Zentralasiens dadurch den Ausbau ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Südasien zu ermöglichen. Dies hätte den zentralasiatischen Binnenstaaten wertvolle wirtschaftliche und strategische Möglichkeiten geboten, was dazu geführt hätte, dass sie dem Druck Russlands und Chinas besser hätten standhalten können. Wegen mangelnder politischer Unterstützung und unzureichenden finanziellen Investitionen wurde diese Vision jedoch nie Wirklichkeit und ist heute weiter von der Realität entfernt als jemals zuvor. Trotz des Bestrebens der Staaten Zentralasiens, ihre Unabhängigkeit in außenpolitischen Belangen zu bewahren, sehen sie sich einer wachsenden Abhängigkeit von Russland und China gegenüber.

---

***Trotz des Bestrebens der Staaten Zentralasiens, ihre Unabhängigkeit in außenpolitischen Belangen zu bewahren, sehen sie sich einer wachsenden Abhängigkeit von Russland und China gegenüber.***

---

Die wachsende diplomatische Härte in Südasien könnte zudem zu Frustration unter westlichen Staaten führen, die versuchen, Russland von China fernzuhalten. Die Hoffnung auf einen solchen Spielzug gründet zum Teil auf Russlands starkem Bestreben, durch Vertiefung der Beziehungen zu einigen von Chinas Gegenspielern wie Indien, Japan und Vietnam diplomatische Flexibilität zu bewahren, statt sein Schicksal komplett von China abhängig zu machen. Durch die Machtübernahme der Taliban werden Russlands Beziehungen zu Indien noch zusätzlich belastet. Auf lange Sicht könnte Russland eventuell zu dem Schluss kommen, dass enge Beziehungen zu China eine übermäßige Abhängigkeit schaffen, Russlands außenpolitische Möglichkeiten unverhältnismäßig einschränken und unliebsame Zugeständnisse in Regionen wie Zentralasien nötig machen. In naher Zukunft dürfte ein solches Umschwenken allerdings sehr unwahrscheinlich sein.

Die wachsende diplomatische Härte in Südasien könnte zudem zu Frustration unter westlichen Staaten führen, die versuchen, Russland von China fernzuhalten. Die Hoffnung auf einen solchen Spielzug gründet zum Teil auf Russlands starkem Bestreben, durch Vertiefung der Beziehungen zu einigen von Chinas Gegenspielern wie Indien, Japan und Vietnam diplomatische Flexibilität zu bewahren, statt sein Schicksal komplett von China abhängig zu machen. Durch die Machtübernahme der Taliban werden Russlands Beziehungen zu Indien noch zusätzlich belastet. Auf lange Sicht könnte Russland eventuell zu dem Schluss kommen, dass enge Beziehungen zu China eine übermäßige Abhängigkeit schaffen, Russlands außenpolitische Möglichkeiten unverhältnismäßig einschränken und unliebsame Zugeständnisse in Regionen wie Zentralasien nötig machen. In naher Zukunft dürfte ein solches Umschwenken allerdings sehr unwahrscheinlich sein.

*Dieser Artikel erschien zuerst in den CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 294, November 2021 (<https://css.ethz.ch/publikationen/css-analysen-zur-sicherheitspolitik.html>). Wir danken der Redaktion für die Abdruckerlaubnis dieses Beitrags.*

Shairbek Dzhuraev

# Neuer Wein in alten Schläuchen: Politischer Machtwechsel in Kirgistan

In Kirgistan hat im Herbst 2020 zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes ein Machtwechsel nach Massenprotesten stattgefunden. Die neuen Machthaber sind von einem semipräsidentiellen zu einem präsidentiellen System zurückgekehrt. An der Kombination aus Opportunismus, illiberalen politischen Werten und korruptem Gebaren unter den politischen Eliten hat sich jedoch nichts wesentlich verändert.

Die Parlamentswahlen in Kirgistan im November 2021 stellten den Abschluss eines turbulenten Jahres politischer Veränderungen in dem zentralasiatischen Land dar. Ihren Ausgangspunkt hatten sie ein Jahr zuvor, im Oktober 2020 genommen, als zum dritten Mal innerhalb von 15 Jahren der Präsident und die Regierung aufgrund von Massenprotesten zurückgetreten waren. Im Januar 2021 wählte das Land einen neuen Präsidenten und nahm im April eine neue Verfassung an.

**Shairbek Dzhuraev**, PhD, Mitgründer und Präsident von Crossroads Central Asia ([crossroads-ca.org](http://crossroads-ca.org)), Associate Research Fellow an der OSZE-Akademie in Bischkek, Kirgistan.

## Ein Jahr des Machtübergangs

Der jüngste Regimeumsturz in Kirgistan wurde durch die Parlamentswahlen im Oktober 2020 ausgelöst. Aufgrund der hohen Sieben-Prozent-Hürde und des massiven Stimmenkaufs durch regierungnahe Parteien konnten die meisten Oppositionsparteien keine Parlamentssitze erringen. Als sich die Opposition zusammentat und eine Annullierung der Wahl forderte, war die Regierung wie gelähmt. Die oberste Führung des Landes war weder zu sehen noch zu hören, und die Demonstrierenden besetzten rasch die wichtigsten Regierungsgebäude. Nach einem internen Tauziehen unter den verschiedenen Oppositionsgruppen beanspruchte schließlich der aus dem Gefängnis befreite ehemalige Abgeordnete Sadyr Dschaparov das Amt des Interimsregierungschefs. Einige Tage später gab Präsident Sooronbaj Dscheenbekov dem öffentlichen Druck nach und trat zurück.

Es folgte ein Jahr der politischen Transition: Im Januar 2021 gewann Dschaparov die Präsidentschaftswahlen, ohne sich einem echten Wettbewerb stellen zu müssen, wie es bei Wahlen nach einem Regimesturz häufig der Fall ist. Den Wählerinnen und Wählern wurde zudem die Frage gestellt, ob sie den Wechsel zu einem präsidentiellen Regierungssystem befürworten. Die Antwort war ein klares Ja, was Dschaparovs Agenda bestätigte.<sup>1</sup>

Im April 2021 stimmte das Land über eine neue Verfassung ab. Auf Grundlage der „prinzipiellen“ Zustimmung zum Übergang zu einem Präsidialsystem durch das Referendum im Januar

sah der neue Verfassungstext eine erhebliche Umverteilung der Machtbefugnisse vor. Die bisherige semipräsidentielle Verfassung des Landes wurde umgeschrieben, wobei der Präsident erhebliche Befugnisse auf Kosten des Parlaments und der Regierung erhielt.

Schließlich wählte das Land im November 2021 ein neues Parlament. Die Wahlen fanden nach einem neuen System statt: Erstens wurde die Zahl der Parlamentssitze von 120 auf 90 reduziert. Zweitens wurde die auf Parteilisten beruhende Verhältniswahl durch ein gemischtes Wahlsystem ersetzt, bei dem 54 Sitze proportional an die Parteien und 36 Sitze durch Persönlichkeitswahl, also Direktmandate, vergeben wurden. Drittens wurden die geschlossenen Parteilisten durch offene Parteilisten ersetzt, bei der die Wähler aufgefordert wurden, für eine Partei und einen bevorzugten Kandidaten zu stimmen. Die Änderungen spiegeln unterschiedliche politische Motivationen wider: Die Verringerung der Abgeordnetenzahl war eine populistische Botschaft zur Einsparung von Ressourcen. Mit der Einführung von Direktmandaten und offenen Parteilisten wurde versucht, den Einfluss der Wähler auf die Entscheidung, wer ins Parlament einzieht, gegenüber der Parteiführung zu erhöhen.

So schloss sich zwischen Oktober 2020 und November 2021 ein Kreis: Kirgistan wählte einen neuen Präsidenten, ein neues Parlament und – was am wichtigsten ist – änderte das Regierungssystem von einem semipräsidentiellen System zu einem System mit einem dominierenden Präsidenten.

## Zurück zum Präsidialsystem

Die Institution eines starken Präsidenten ist in Zentralasien nichts Ungewöhnliches. Mit dem Wechsel zu einem semipräsidentiellen Regierungssystem im Jahr 2010 hat Kirgistan jedoch einen Präzedenzfall in der Region geschaffen. Die beiden vorangegangenen Regimewechsel im März 2005 und im April 2010 fanden im Zusammenhang mit dominanten Präsidenten statt. Nach der Flucht des vormaligen Präsidenten Kurmanbek Bakijev nach Belarus forderte die Übergangsregierung eine Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten, um einen neuen Volksaufstand zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde die Verfassung umgeschrieben und das Parlament gestärkt, die Regierung zu bilden und zu entlassen. Der Präsident behielt die Kontrolle über die Außenpolitik und Fragen der nationalen Sicherheit. Die führenden Politiker bezeichneten das System als „parlamentarisch“ und ernteten dafür internationalen Beifall und Unterstützung.

1) Dzhuraev, Shairbek: Neuer Präsident, altes Präsidialsystem? Kirgistan am Scheideweg zwischen Reformmöglichkeiten und weiterer Instabilität. In: Zentralasien-Analysen 145 (29.01.2021), S. 6–10.

Mit der Verfassungsänderung von 2021 wurde dieser Kurs rückgängig gemacht. Nun hat der vom Volk gewählte Präsident die Macht, den Premierminister und die Kabinettsmitglieder zu ernennen und zu entlassen. Die Rolle des Parlaments beschränkt sich auf die „Zustimmung“ zu den Vorschlägen des Präsidenten; in der neuen Verfassung wird nicht einmal erwähnt, was geschieht, wenn das Parlament dies nicht tut. Präsident Dschaparov hat die Verfassungsänderung wiederholt damit begründet, dass der Präsident durch das neue System die volle Verantwortung für alle Politikbereiche übernehme, anstatt das Parlament oder den Premierminister dafür verantwortlich zu machen.

Auf den Wechsel zum Präsidentsystem folgte ein großer Aufschrei. Kritiker bemängelten, dass die neue Verfassung den Präsidenten in die Position eines Khans erhebe, der über weitreichende und unkontrollierte Befugnisse verfüge. Zum Widerspruch beigetragen hat die Erfahrung mit früheren Präsidenten, die nicht bereit waren, ihre Macht zum richtigen Zeitpunkt abzugeben. Juristen wiesen darauf hin, dass die rechtlichen Verfahren zur Erörterung und Verabschiedung von Verfassungsänderungen eklatant missachtet worden seien, was die Legitimität des gesamten Prozesses untergrabe.

Letztlich wurde mit den Verfassungsänderungen jedoch nur das formalisiert, was in der Praxis längst der Fall ist. Mit Ausnahme einiger Jahre in den frühen 1990er Jahren sowie von 2010 bis 2011 hat der Präsident immer das politische System dominiert. Selbst unter der semipräsidentiellen Verfassung stellte Präsident Almasbek Atambajev (2011–2017) die faktische Kontrolle über das Parlament durch Verfassungsänderungen und vor allem durch den Einsatz des nationalen Sicherheitsdienstes zur Einschüchterung der Parlamentsmitglieder schnell wieder her. Das Ergebnis war ein zutiefst unpopuläres Parlament, das zwar rechtlich für die Regierung verantwortlich war, aber keine tatsächliche Kontrolle über diese ausübte und so lediglich ein Lippenbekenntnis zum Narrativ der parlamentarischen Demokratie in Kirgisistan ablegte. Von daher war das Werben für eine Verfassungsänderung eine leichte Aufgabe für die jetzige neue Führung.

### Kritikfeindliche Regime

Für diejenigen, die mit früheren „Revolutionen“ in Kirgisistan vertraut sind, kam die Wiedereinsetzung eines schwerfälligen und kritikfeindlichen Regimes nicht überraschend. Nach der Tulpenrevolution im März 2005 dauerte es etwa zwei Jahre, bis die personalisierte und familiäre Herrschaft von Präsident Bakijev Gestalt annahm. Ähnliches wiederholte sich nach dem Regimewechsel im April 2010: Wiederum dauerte es etwa zwei Jahre, bis sich Präsident Atambajev als dominanter Akteur etabliert hatte. Im Gegensatz dazu verschwanden Präsident Sadyr Dschaparov und sein langjähriger Verbündeter Kamtschybek Taschijev, der als Leiter des nationalen Sicherheitsdienstes fungiert, keine Zeit, um Opposition und Kritiker unter Kontrolle zu bringen.

Die Parlamentswahlen im November 2021 haben gezeigt, wie wenig sich seit dem Regimewechsel geändert hat. Bei den Wahlen im Oktober 2020 hatten drei Parteien, die dem damaligen Präsidenten Dscheenbekov nahestanden, fast 90 Prozent der Sitze im Parlament erhalten. Bei den Wahlen im November 2021 waren die drei Parteien, die mehr Sitze als andere gewannen, mit Präsident Dschaparov und Taschijev verbunden (die Parteien *Ata Jurt*, *Ishenim* und *Yntymak*). Die beiden letztgenannten Parteien und deren Anführer waren der Öffentlichkeit wenige Monate vor



Anhänger von Sadyr Dschaparov protestierten nach den Parlamentswahlen im Oktober 2020. Foto: Emir Kydrymyshov (Wikimedia Commons)

der Wahl noch unbekannt. Schon bei der ersten Abstimmung im Parlament zeigte sich das Kräfteverhältnis: Der alte Verbündete von Präsident Dschaparov, Talant Mamytov, gewann den Posten des Parlamentspräsidenten mit 63 zu 10 Stimmen gegen den Vorsitzenden der Oppositionspartei, Adachan Madumarov.

Außerdem zögerte das neue Regime nicht, gegen einzelne Kritiker vorzugehen. Zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen im Januar 2021 verhaftete die Polizei einen der Kandidaten und scharfen Kritiker Dschaparovs, Abdil Segizbajev. Gegen verschiedene wohlhabende Politiker wurde Anklage wegen Korruption erhoben. Diese wurden jedoch ausnahmslos auf freien Fuß gesetzt, wenn sie sich bereit erklärten, Geld in einen undurchsichtigen Fonds des Sicherheitsdienstes einzuzahlen. Der ehemalige Premierminister Ömürbek Babanov ist ein perfektes Beispiel dafür. Er hätte 2017 beinahe die Präsidentschaftswahlen gewonnen und war im Oktober 2020 einer der bekanntesten führenden Politiker. Im März 2021 erklärte sich Babanov „freiwillig“ bereit, rund 1,2 Mio. US-Dollar an den Staat zu überweisen, und am selben Tag ließ der Sicherheitsdienst die Korruptionsvorwürfe gegen ihn fallen. Seither ist Babanov in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetreten.

Im Januar 2022 leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen das einzige oppositionelle Schwergewicht im Parlament, Adachan Madumarov, ein, wobei die Anklage fragwürdig ist. Der jüngste Fall ereignete sich am 22. Januar 2022, als schwer bewaffnete Polizisten den Investigativjournalisten Bolot Temirov verhafteten. Dieser hatte zuvor einen Bericht veröffentlicht, in dem er angeblich korrupte Geschäfte in einem staatlichen Unternehmen aufdeckte, an denen Verwandte von Taschijev beteiligt sind.

So hat die neue Führung des Landes in kurzer Zeit die institutionellen Befugnisse des Präsidenten ausgeweitet und wieder ein klientelistisches Pyramidensystem aufgebaut.<sup>2</sup> Allerdings war ein solches System in der Geschichte Kirgisistans nie sehr langlebig, und die nächsten Jahre werden zeigen, ob es beim derzeitigen Regime anders sein wird.

### Dschaparov – ein Populist?

In den Kommentaren zum Machtwechsel in Kirgisistan herrscht große Einigkeit darüber, dass Präsident Dschaparov ein Populist

2) Vgl. Hale, Henry E.: *Patronal Politics: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*. Cambridge 2014.



Der neue kirgisische Präsident Sadyr Dschaparov hat im Land das Präsidialsystem wieder eingeführt. Foto: Wikimedia Commons

sei.<sup>3</sup> Aber was bedeutet das im Zusammenhang mit der kirgisischen Politik? Zum einen lässt das neue Regime tatsächlich einige populistische Züge erkennen. Dschaparov hat konsequent eine Verstaatlichung der größten Goldmine des Landes, Kumtor, gefordert. Er hat lautstark die korrupten Geschäfte seiner Vorgänger mit kanadischen Investoren kritisiert, was ein typisch populistisches Misstrauen gegenüber dem Establishment und eine Missachtung von Regeln und Verträgen erkennen lässt. Auch bei der strafrechtlichen Verfolgung wohlhabender Politiker wegen Korruption schenken die neuen Machthaber einem ordentlichen Verfahren wenig Beachtung. In den meisten Fällen wurden die Verurteilten nach Zahlung eines Geldbetrags freigelassen, ohne Informationen zur Höhe des Betrags. Dass Dschaparov während seiner Haft intensiv in die Mobilisierung über die sozialen Medien investierte, trug zu seinem Image bei, den einfachen Menschen nahe zu stehen.

Zum andern ist die Bezeichnung „populistisch“ für das neue Regime von geringem analytischem Wert. Es gibt kaum Anzeichen, dass Populismus Dschaparovs bestimmende Ideologie ist. Die Bekämpfung der Korruption unter den Eliten ist eine Lieblingsbeschäftigung jedes neuen Präsidenten, die vor allem der Umverteilung der Renten dient. Die meisten bisherigen Präsidenten scherten sich wenig um ordnungsgemäße Verfahren. Jeder neue Präsident drohte mit der Verstaatlichung der Kumtor-Goldmine. Alle bisherigen Versuche endeten mit einer Neuverhandlung nach symbolischen Zugeständnissen des kanadischen Unternehmens. Die neue Führung hat in anderen Fällen mit ausländischen Investoren keinen ähnlichen populistischen Eifer an den Tag gelegt. Die neue kirgisische Führung weist also eine Kombination aus Opportunismus und illiberalen politischen Werten auf – ein altbekanntes Phänomen.

### Lektionen von Afghanistan und Kasachstan

Die neue kirgisische Führung hatte in ihrem ersten Jahr reichlich Gelegenheit, sich mit Neuentwicklungen der internationalen Beziehungen in der Region auseinanderzusetzen. Die bewaffneten Grenzkonflikte mit Tadschikistan im April/Mai 2021 waren die bisher schwerste Prüfung.<sup>4</sup> Weniger for-

3) Doolotkeldieva, Asel: Populism à La Kyrgyz: [www.illiberalism.org](http://www.illiberalism.org), 24.02.2021; Imanaliyeva, Ayzirek: Kyrgyzstan: Japarov, Last Hope or Populist Menace?: [eurasianet.org](http://eurasianet.org), 6.01.2021.

4) Juraev, Shairbek; McGlinchey, Eric: What Drives Border Conflicts in Central Asia? Roots of the Deadly Violence on the Kyrgyz-Tajik Border: [www.ponarseurasia.org](http://www.ponarseurasia.org), 17.01.2022.

dernd, aber potenziell sehr aufschlussreich für die kirgisischen Politiker waren zwei andere Ereignisse: der Sturz der Regierung in Afghanistan im August 2021 und die Proteste in Kasachstan, die im Januar 2022 in Gewalt umschlugen.

Erstens haben die Ereignisse in Afghanistan und Kasachstan den engen Zusammenhang zwischen unkontrollierter Korruption und der Stabilität des jeweiligen herrschenden Regimes deutlich gemacht. Nur wenige bestreiten, dass die Korruption die Regierung von Aschraf Ghani in Afghanistan seit langem handlungsunfähig gemacht hat. Im Zentrum der Proteste in Kasachstan stand die weit verbreitete Ermüdung über die mehr als 30-jährige Kleptokratie unter der Führung von Nursultan Nazarbajev. Dies Thema ist auch für Kirgistan relevant. Familiär bedingte Korruption hat die früheren kirgisischen Präsidenten Akajev und Bakijev blind gemacht und zu ihrer Entmachtung geführt. Korruption kann dazu beitragen, herrschende Regime zu stärken, sie bedroht dieselben Regime aber auch im Kern.

Zweitens haben die Entwicklungen in Afghanistan und Kasachstan gezeigt, wie unterschiedlich die Schwäche eines inländischen Regimes mit mächtigen externen Akteuren zusammenhängen kann. In Afghanistan waren die Unterstützung und Finanzierung durch die USA und ihrer Verbündeten entscheidend für die Stützung der Regierung Ghani. Das Zusammentreffen des Rückzugs der USA mit dem Sturz der Regierung war daher wenig überraschend. In Kasachstan sah sich Präsident Tokajev gezwungen, die Autorität (und weniger die Truppen) der von Russland geführten *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* einzuschalten, um die Bedrohung der Regierung abzuwehren. Obwohl die kasachische Regierung von einer externen Bedrohung durch nicht identifizierte Terroristen sprach, verweisen die meisten Kommentare auf interne Kämpfe unter den Eliten. Während in Afghanistan der externe Partner den Zusammenbruch des Regimes herbeiführte, wurde in Kasachstan der externe Partner zur Rettung des Regimes hinzugezogen. Die Ergebnisse mögen unterschiedlich sein, aber beide Fälle sind aufschlussreich für kleine und international abhängige Länder wie Kirgistan.

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob die Wendung „aller guten Dinge sind drei“ auf Kirgistan zutrifft: Drei frühere Präsidenten wurden durch Straßenproteste aus dem Amt gejagt, und der Präsident, der die Macht friedlich an seinen alten Freund übergab, wurde später von demselben Freund ins Gefängnis gesteckt. Die derzeitige Führung weiß sehr wohl, wie unberechenbar die kirgisische Politik ist, und sollte sich auch der Zutaten der vergangenen Unruhen bewusst sein. Die Ereignisse in Afghanistan und Kasachstan zeigen, was alles möglich ist, wenn die Innenpolitik aus den Fugen gerät. Die Frage ist, ob dieses Wissen Kirgistan helfen wird, neue Runden ungeplanter Machtwechsel zu vermeiden.

Übersetzung aus dem Englischen: Regula Zwahlen.

**Die neue kirgisische Führung weist eine Kombination aus Opportunismus und illiberalen politischen Werten auf – ein altbekanntes Phänomen.**



Andrej Grischin

# Verweigerte Hilfe. Kasachstan und die kasachische Minderheit in China

Von der gewaltsamen Assimilierungspolitik Chinas in Xinjiang sind neben den Uiguren auch andere muslimische Minderheiten wie Kasachen und Kirgisen betroffen. Aufgrund der engen Handelsbeziehungen mit China ignoriert die kasachische Regierung jedoch das Problem. Erst auf gesellschaftlichen Druck hat sie bessere Ausreisebedingungen für die kasachische Minderheit in China erwirkt. Menschenrechtler, die sich für die Kasachen in China einsetzen, werden ins Exil gedrängt.

Am 28. Dezember 2021 hat bisher zum letzten Mal eine kleine Gruppe versucht, eine Mahnwache vor dem chinesischen Generalkonsulat in Almaty durchzuführen. Doch alle vier Beteiligten wurden von der Polizei festgenommen – es wäre die 324. Aktion gewesen. Während des ganzen Jahres waren ethnische Kasachen, die von

**Andrej Grischin**, Journalist, Kasachisches Internationales Büro für Menschenrechte und Einhaltung der Gesetzlichkeit (*bureau.kz*), Almaty, Kasachstan.

China nach Kasachstan migriert sind, sowie Verwandte der kasachischen Minderheit in China fast täglich mit

Mahnwachen vor dem

Generalkonsulat der Volksrepublik China in der größten Stadt Kasachstans präsent. Sie forderten Aufklärung über das Schicksal ihrer Verwandten, die im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang der Volksrepublik China verschwunden sind, und eine Ausreiseerlaubnis für ethnische Kasachen nach Kasachstan. Für kurze Zeit fanden die friedlichen Aktionen unter polizeilicher Kontrolle, aber weitgehend unbehelligt statt. Seit Anfang Februar 2021 begann die Polizei jedoch die Teilnehmenden festzunehmen, Bußen zu verteilen oder diejenigen in Administrativhaft zu nehmen, die als Initiatoren galten.

Die unbefristeten Mahnwachen vor dem chinesischen Generalkonsulat brachten die kasachischen Behörden in eine schwierige Lage. Fast 70 Prozent der Bevölkerung Kasachstans sind ethnische Kasachen, 1,5 Prozent sind Uiguren. Beide Gruppen reagierten betroffen auf die Situation der ethnischen Minderheiten in Xinjiang. Gleichzeitig ist China einer der Hauptinvestoren in Kasachstan. Zudem ist China, das über eine lange Grenze zu Kasachstan verfügt, einer der wichtigsten Handelspartner des Landes: Mehr als 40 Prozent des in Kasachstan geförderten Öls gehört chinesischen Ölförderfirmen. Kasachstan ist darüber hinaus der *Belt and Road Initiative* Pekings (Projekt „Neue Seidenstraße“) beigetreten. So ist offensichtlich, dass die kasachische Regierung zwischen der öffentlichen Meinung und der ökonomischen Abhängigkeit von seinem Nachbarn lavieren muss. Die fehlende Reaktion aus dem Ak-Orda-Präsidentenpalast auf den Umgang mit den Kasachen in Xinjiang und die Verfolgung derjenigen, die sich mit der „kasachischen Frage“ befassen, sprechen dafür, dass letztendlich der Handels- und Finanzpragmatismus die Oberhand gewonnen haben.

Die ersten Berichte über die Schikanie ethnischer Kasachen in China tauchten 2017 auf. Im Unterschied zu den Uiguren hatte die kasachische Diaspora, die in China zwischen 1,5 und 2 Mio. Menschen umfasst, bis dato keine besonderen Probleme und verhielt sich gegenüber der chinesischen Regierung ziemlich loyal. Kasachen aus China, die im Rahmen eines staatlichen Rückwanderungsprogramms für Kasachen aus dem Ausland nach Kasachstan zurückgekehrt waren, hatten sich sogar nicht selten darüber beklagt, dass das Leben in China für sie bedeutend besser gewesen sei als in Kasachstan.

## Gewaltsame Assimilierungspolitik

2014 begann Peking mit seinem gewaltsamen Assimilierungsprogramm in Xinjiang und schikaniert und verfolgt neben den Uiguren auch andere muslimische Minderheiten wie Kasachen und ethnische Kirgisen. Im Gegensatz zu den Uiguren, die historisch auf dem Territorium von Xinjiang leben, haben die Kasachen nie eine Autonomie innerhalb Chinas gefordert. Als Nachfahren von Nomaden pflegten sie Bräuche, die sich nicht gut mit den Normen des Islam verbinden lassen, so dass man sie auch nicht als besonders religiös oder gar „extremistisch“ bezeichnen kann, womit die chinesische Führung gewöhnlich ihr Vorgehen in Xinjiang rechtfertigt. Viele ethnische Kasachen waren aufgrund der gemeinsamen Grenze und verwandtschaftlicher Beziehungen ständig in beiden Nachbarstaaten unterwegs und im Handel sehr erfolgreich. Kasachische Staatsangehörige erhielten problemlos Visa und reisten für Ferientaufenthalte oder zum Shopping nach China. Mit dem Beginn der Verfolgung von muslimischen Volksgruppen in China wurde das Überqueren der Grenze für Bewohner:innen Kasachstans jedoch zu einem ernsthaften Problem. Die chinesische Regierung bemühte sich, Besuche von ethnischen Kasachen und Uiguren im Nachbarland zu minimieren. Eine Reise nach Kasachstan konnte zu einem erschwerenden Umstand werden, der jemanden in ein „Arbeitserziehungslager“ bringen konnte. Nach Kasachstan ausgewanderte chinesische Kasachen erzählten, dass die dortigen Beamten von Kasachstan als „terroristischem Staat“ sprachen und forderten, auf Reisen dorthin oder auf Kommunikation mit den dortigen Verwandten zu verzichten. Während die Probleme ihrer Landsleute in China die Bewohner Kasachstans immer stärker bewegten, zog es die kasachische Regierung vor, das Geschehen zu ignorieren.

## Politische Führung stellt sich taub

2017 waren mehr als zweihundert Kasachen aus China, die sich aufgrund des Umsiedlungsprogramms in Kasachstan befanden, aber Probleme mit ihren Papieren hatten, mit der Gefahr konfrontiert, nach China zurückgeschickt zu werden. Damals begannen sie offen über die Schikanierungen von Muslimen in China zu sprechen, und dass sie im Falle einer Rückkehr Gefängnis oder Arbeitslager erwarteten. Um keinen Skandal zu provozieren, erteilte ihnen die kasachische Regierung schließlich Aufenthaltsgenehmigungen. Gleichzeitig verschwanden jedoch chinesische Kasachen mit Aufenthaltsgenehmigung in Kasachstan oder sogar mit kasachischer Staatsangehörigkeit, die aus familiären oder beruflichen Gründen ihre frühere Heimat besucht hatten, in China. Im Fall der kasachischen Staatsangehörigen war das offizielle Astana gezwungen zu reagieren und ihre Rückkehr zu fordern, doch diejenigen, die nur über eine Aufenthaltsgenehmigung in Kasachstan verfügten, befinden sich womöglich bis heute in Lagern, während ihre Familien in Kasachstan leben.

Eine Wende fand im Mai 2018 statt, als Sayragul Sauytbay, eine ethnische Kasachin, illegal die chinesisch-kasachische Grenze illegal überquerte. Ihr Ehemann und ihre beiden Kinder waren bereits 2016 nach Kasachstan ausgewandert und hatten im Rahmen des Umsiedlungsprogramms die kasachische Staatsbürgerschaft erlangt. Die Ehefrau war jedoch Mitglied der Kommunistischen Partei und Staatsbeamtin. Als Lehrerin wurde sie gezwungen, in einem Arbeitserziehungslager zu arbeiten und hatte somit Zugang zu „Staatsgeheimnissen“. Dies schloss die Möglichkeit der Ausreise aus, worauf sie sich zur Flucht entschloss. Nach dem Grenzübertritt lebte Sauytbay etwa einen Monat lang illegal bei ihrer Familie, bis sie von Mitarbeitern der kasachischen Sicherheitsdienste verhaftet wurde. Von ihrer Verhaftung erfuhr die Menschenrechtsorganisation *Atajurt Eriktileri* („Junge Freiwillige der Heimat“)<sup>1</sup> und durch sie auch die kasachischen Medien.

Zuvor hatte Kasachstan die Probleme mit den wenigen uigurischen Flüchtlingen aus China einfach gelöst: Entweder sie verschwanden oder man übergab sie ungeachtet ihres Flüchtlingsstatus der chinesischen Seite. Doch diesmal erlaubte es die anrollende Welle der Entrüstung nicht, den Fall ohne Lärm zu lösen. Sayragul Sauytbay wurde aufgrund des illegalen Grenzübertritts zu sechs Monaten bedingter Haft verurteilt, gleichzeitig wurde die Erteilung des offiziellen Flüchtlingsstatus erlaubt. Diesen erhielt sie allerdings nicht von den kasachischen Behörden, sondern es wurde vereinbart, dass sie ein Drittstaat aufnehmen kann. Schließlich hat Schweden Sauytbay und ihrer Familie Asyl gewährt.<sup>2</sup>

Der Fall Sauytbay zwang die kasachische Regierung erstmals zu einer Stellungnahme. Der damalige Präsident Nursultan Nazarbaev übergab dem Außenministerium den Auftrag „die Probleme der ethnischen Kasachen in China zu lösen“, worauf das Ministerium erreichte, dass die chinesische Seite die Ausreiseverbote zwecks ständigen Wohnsitzes in Kasachstan für hunderte kasachische Familien aus China aufhob. Wie bereits



Protest vor dem Gericht in Almaty zur Freilassung des kasachischen Menschenrechtlers Serikzhan Bilash.

Foto: bureau.kz

2017, als Nazarbaev in Astana als Vorsitzender am „Weltweiten Kurultai der Kasachen“ (Volksversammlung) auftrat, antwortete er auf die Frage, wie der Kurultai auf die Lage der Kasachen in China reagieren sollte, nur kurz: „Wir sind im Bilde über die Ereignisse in Xinjiang. Es gibt Terrorismus, Extremismus, aber davon, dass dort Kasachen schikaniert werden, habe ich nichts gehört“.<sup>3</sup>

## Abschreckende Strategie der kasachischen Behörden

Der glimpflich ausgegangene Fall Sauytbay führte dazu, dass weitere kasachische Flüchtlinge illegal von Xinjiang nach Kasachstan einreisten. Die anschließenden Gerichtsprozesse genossen wie im ersten Fall das Interesse der Medien und Menschenrechtler, doch die Taktik der Behörden veränderte sich. Zusammen mit unbedeutenden Strafen für den illegalen Grenzübertritt erhielten die Angeklagten lediglich einen Flüchtlingsstatus für ein Jahr, der nach Auslaufen der Frist verlängert werden muss. Gleichzeitig gibt es in Kasachstan kein Hilfsprogramm für diese Flüchtlinge. Abgesehen von der Möglichkeit, offiziell zu arbeiten und ein Minimum an medizinischer Versorgung und Bildungsdienstleistungen zu nutzen, sind die Flüchtlinge in allem anderen sich selbst überlassen. Hinzu kommen die teils schwierigen Beziehungen zwischen einheimischen und aus China geflohenen Kasachen, wobei letztere etwa 7,5 Prozent der kasachischen Bevölkerung ausmachen. Der Flüchtlingsstatus hindert die Migranten zudem daran, in andere Länder weiter zu migrieren, wie es Sauytbay gelang. Ob aufgrund der fehlenden Perspektiven in Kasachstan oder ob aufgrund der Verschärfung des Grenzregimes wegen der Coronavirus-Pandemie – in den letzten beiden Jahren ist niemand mehr aus China nach Kasachstan geflohen.

Ungeklärt blieb auch ein Überfall auf zwei kasachische Flüchtlingen aus China 2021: Kajscha Akan und Murager Alimuly wurden am selben Abend überfallen. Auf dem abendlichen Heimweg in Almaty wurde Akan auf den Kopf geschlagen und anschließend gewürgt; in Nur-Sultan warfen sich Unbekannte auf Alimuly und fügten ihm mit einem Messer leichte Verletzungen zu. In beiden Fällen konnte die Polizei die Täter nicht ermitteln, und die Verletzten selbst weigerten sich, den Medien oder Rechtsverteidigern Auskunft zu geben. Vermutlich war das eine Warnung der chinesischen Sicherheitsdienste, dass es für Flüchtlinge aus China nicht sicher ist, sich in Kasachstan aufzuhalten.

1) <https://www.facebook.com/kazakhrights>.

2) Vgl. Sauytbay, Sayragul: Die Kronzeugin. Eine Staatsbeamtin über ihre Flucht aus der Hölle der Lager und Chinas Griff nach der Weltherrschaft. München 2020.

3) Muminov, Askar: Притесняют ли в Китае казахов? In: exclusive.kz, 10.08.2017.

Der im März 2020 als Nachfolger Nazarbajevs zum Präsidenten ernannte Kasym-Schomart Tokajev (2011 bis 2013 war er stv. Generalsekretär der UN) äußerte sich nur einmal zur „kasachischen Frage“ in China. Das war am 4. Dezember 2019 in einem Interview für die *Deutsche Welle*: „Erstens leben in Xinjiang Bürger der Volksrepublik China. [...] Was die ethnischen Kasachen angeht, so wird hier jedenfalls das Problem irgendwie bewusst zugespitzt. [...] Ich denke, dass diese Nachrichten insgesamt nicht der Wirklichkeit entsprechen.“<sup>4</sup>

Während Tokajevs Äußerung in Kasachstan auf Ablehnung stieß, hat man sie in China wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Hua Chunying lobte nicht nur die Freundschaft zwischen China und Kasachstan, sondern sagte auch, dass Tokajevs „Worte den falschen Nachrichten einiger Länder eine starke Abfuhr erteilt haben. Diese Leute [d.h. Tokajevs Regierung] können das Richtige vom Falschen unterscheiden“. Auch unter dem neuen Präsidenten, auf den anfangs Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Liberalisierung gesetzt wurden, ist die Repression der zersplitterten Opposition, der wenigen unabhängigen Medien und Blogger sowie Bürgerrechtsaktivist:innen gleich groß geblieben.

### Repressionen gegen Menschenrechtsaktivisten

Bereits 2017 hatte der Menschenrechtsverteidiger Serikzhan Bilash mit einigen Gleichgesinnten versucht, auf internationaler Ebene auf die Situation der Kasachen in Xinjiang aufmerksam zu machen. Bilash ist selbst in Xinjiang geboren und aufgewachsen, reiste Anfang der 1990er Jahre nach Kasachstan und erhielt die kasachische Staatsbürgerschaft. 2017 gründete Bilash die offiziell nicht registrierte Menschenrechtsorganisation *Atajurt*, die für die Menschenrechte ethnischer Kasachen in China eintritt. Dazu sammelt sie unter anderem die Zeugnisse von Opfern in den Lagern von Xinjiang.

Anfang 2019 wurde Bilash für die Leitung einer nicht registrierten Vereinigung bestraft. Außerdem wurde er der „Anstiftung zu sozialer, nationaler, ethnischer, klassenbezogener oder religiöser Zwietracht“ beschuldigt und inhaftiert. Er wurde von kasachischen Sicherheitskräften von seinem Wohnort Almaty in die Hauptstadt Nur-Sultan entführt und unter Hausarrest gestellt wurde, wo man mit ihm „Verhandlungen“ über das unbedingte Unterlassen seiner Tätigkeit führte. Der im August beginnende Prozess in Almaty wurde in rekordmäßig kurzer Zeit geführt, wobei sich außerhalb des Gerichtsgebäudes etwa hundert Sympathisanten Bilashs und noch mehr Polizisten versammelten. Das am 16. August 2019 verkündete Urteil aufgrund von „Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit“ war minimal: Eine Bezahlung von 250 Euro Strafe im Tausch für die Anerkennung der „Schuld“ und Verzicht auf gesellschaftliche Aktivität. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung erklärte Bilash: „Entweder so oder sieben Jahre Straflager. Ich hatte keine Wahl“. Außerdem wurde seine Organisation anderen Personen übertragen, die jede Aktivität stoppten. Als Bilash sich danach weiterhin mit Mitstreitern und Kasachen aus China traf, wurde er erneut gebüßt, und es wurden zwei neue Gerichtsverfahren angestrengt. Ende 2020 wurde bekannt, dass Bilash mit seiner

Familie „aufgrund von Druck aus China“ in die Türkei ausgereist sei und sich jetzt in den USA aufhält.

Bilashs Organisation arbeitete in vielen Aspekten mit Evgeny Bunin zusammen, einem US-amerikanischen Forscher russischer Herkunft. Bunin hat 2018 die größte Datenbank für Repressionsopfer in Xinjiang (*Xinjinag Victims Database*) gegründet.<sup>5</sup> Am 4. September 2021 – Bunin befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf einem Flug vom kirgisischen Bischkek nach Almaty – verhängten die kasachischen Behörden ohne Angabe von Gründen ein Einreiseverbot für fünf Jahre über ihn.

### Nachlassendes öffentliches Interesse

Mittlerweile ist das Thema der Kasachen in China aus dem Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit verschwunden, und es gibt niemanden mehr in Kasachstan, der sich systematisch mit diesem Thema befasst. Gleichzeitig hat Peking nach internationalen Reaktionen scheinbar damit begonnen, die Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in Xinjiang abzumildern. 2021 konnten 1 200 Kasachen aus China im Rahmen des Übersiedlungsprogramms offiziell nach Kasachstan ausreisen.

In Almaty kümmert sich gegenwärtig die Menschenrechtsorganisation *International Legal Initiative* (ILI)<sup>6</sup> um ethnische Minderheiten aus China, die einen Flüchtlingsstatus erhalten möchten. Im vergangenen Jahr gab es keine entsprechenden Gesuche von Kasachen, doch gelang es, den Flüchtlingsstatus für drei Uiguren aus Xinjiang zu erlangen. Das Ausbleiben von Gesuchen von ethnischen Kasachen bedeutet laut der Organisation jedoch nicht, dass sich die Situation grundsätzlich geändert hätte: „Die chinesischen Behörden haben zu vermeiden gelernt, dass Informationen über das, was in Xinjiang passiert, nach außen gelangen“, ist der Jurist Amangeldy Schormanbajev von ILI überzeugt: „[Die chinesischen Sicherheitskräfte] haben sogar gelernt, wie man auf chinesische Kasachen, die sich bei uns befinden, einwirkt und sie kontrolliert, geschweige denn also in China selbst? Sowohl hier wie dort sind die Menschen verängstigt.“

Die nachlassende gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Probleme in Xinjiang hängt auch mit den Spannungen zwischen Kasachen und Uiguren in Kasachstan zusammen. Beide sind zwar verwandte Turkvölker, die beide muslimisch sind und eine ähnliche Sprache sprechen, doch gibt es immer wieder Konflikte zwischen den beiden ethnischen Gruppen an Orten, wo viele Uiguren wohnen, nämlich in der Oblast Almaty. Als sich in den letzten Jahren zeigte, dass in Xinjiang die Not für beide ethnischen Minderheiten dieselbe ist, haben sie ihre Unstimmigkeiten für eine Weile vergessen. Doch im Oktober 2021 gab es im Dorf Pidzhim nach einem Konflikt unter Schülern Unruhen, wobei in erster Linie Immobilien der dort lebenden Uiguren angegriffen wurden. Nach den dramatischen Ereignissen äußerten sich die Vertreter der Titularnation in den sozialen Medien und bei Versammlungen erneut negativ über die Uiguren als ein in Kasachstan fremdes Volk. So wurde u. a. vorgeschlagen, das „Uigurische Rayon“ (die Bezeichnung stammt noch aus Sowjetzeiten) umzubenennen und die wenigen noch bestehenden Schulklassen mit uigurisch-sprachigem Schulunterricht aufzuheben.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

4) Live-Interview mit Präsident Tokajev: Мы не называем аннексией то, что произошло в Крыму - Немцова. Интервью; dw.com/ru, 4. 12. 2019.

5) <https://shahit.biz/eng/>.

6) <http://ilifoundation.org/>.

## Regula Spalinger im Gespräch mit Elena Lepeschonok



Absolventinnen der Weiterbildung „Du am Steuer“.  
Foto: Mit Rat und Tat

## „Mit Rat und Tat“ fördert Witwen als Kleinunternehmerinnen

Der Wohltätigkeitsfonds „Mit Rat und Tat“ ist die erste NGO in Russland, die Witwen und deren Kinder unterstützt. Um den Frauen ein Auskommen zu sichern, hat „Mit Rat und Tat“ eine Weiterbildung zu Mikrounternehmertum organisiert, die bereits erste vielversprechende Ergebnisse zeitigt. Zudem berichtet die Co-Leiterin Elena Lepeschonok vom weiteren Ausbau des Selbsthilfenetzwerks.

**Vor kurzem hat „Mit Rat und Tat“ zusammen mit einer Business-Schule ein Weiterbildungsprojekt für 20 Witwen durchgeführt. Wie kam es dazu?**

Die von uns betreuten Witwen müssen fast alle ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, da Witwenrenten in Russland nicht existenzsichernd sind. Viele der Frauen haben zudem Kinder im Kleinkind- oder Schulalter, für die sie nach dem Tod ihres Mannes die alleinige Erziehungsverantwortung tragen. Laut einer aktuellen Studie einer renommierten Moskauer Hochschule sind in Russland 41 Prozent der Frauen, die einen Haushalt ohne Partner führen (mit oder ohne Kinder), Witwen. Für die meisten ist es sehr schwierig, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden. Viele müssen prekäre Jobs annehmen oder haben Probleme bei der Vereinbarung von Familien- und Arbeitszeit. Umso erfreulicher war es, als sich das *Management Institute of Saint Petersburg* (IMISP) an uns wandte und vorschlug, einen kostenfreien Business-Kurs für unsere Witwen durchzuführen. Dieser Vorschlag war genau das, was unsere Frauen brauchten. Nachdem wir die Witwen nach ihren Erwartungen an eine

Weiterbildung befragt hatten, bereiteten wir gemeinsam mit IMISP das Unterrichtsprogramm vor.

**Was stand im Mittelpunkt der Weiterbildung?**

Die zweimonatige Weiterbildung, die in Blöcken jeweils freitags und samstags stattfand, stand unter dem Titel „Du am Steuer“ und vermittelte den Witwen Grundlagenwissen zur Entwicklung und Umsetzung eines eigenen Business-Projekts. Einige der Frauen führten bereits ein Mikrounternehmen, die anderen hatten eine Geschäftsidee. Die Unterrichtsmodule befassten sich mit Projektentwicklung, Produktmanagement, Finanzwissen und Buchhaltung. Geübt wurden auch öffentliche Auftritte. Jede Kursteilnehmerin wurde von einem Coach unterstützt, die oder der sich mehrmals mit ihr traf, um bei der Klärung von beruflichen Zielen und deren Etappierung zu helfen. Außerdem bezog IMISP Unternehmer:innen ein, die den Witwen als Tutoren bei der Formulierung ihres Berufsprojekts zur Seite standen. Trotz der herausfordernden Umstände zeigte die Weiterbildung großartige Resultate: Bei

der Abschlusspräsentation am 10. Dezember 2021 verteidigten 19 von 20 Frauen erfolgreich ihr Projekt.

### Wie geht der Geschäftsaufbau der beteiligten Frauen nun weiter?

Beispielhaft kann ich über die Projekte von drei Frauen berichten. Milena Bojko arbeitet als Pädagogin in einem Bildungszentrum und verfügt über eine behindertenpädagogische Zusatzausbildung. Da in St. Petersburg ein großer Mangel an betreuten Wohneinrichtungen besteht, hat sie ein Projekt zum „Begleiteten Wohnen für behinderte junge Erwachsene“ (Altersgruppe 18–30 Jahre) ausgearbeitet. Dazu hat sie bereits eine Umfrage unter Erziehenden aller städtischen Behindertenheime durchgeführt, die ein großes Interesse bekundet haben. Gemäß dem Rat ihres Coachs will Milena ihr Projekt in einer Mietwohnung mit vier bis sechs jungen Leuten starten.

Maria Markova, Mutter eines erwachsenen und eines sechsjährigen Sohnes, arbeitete früher im Einzelhandel und absolvierte dann ein Zweitstudium in Pädagogik und Psychologie. Ihr Projekt betrifft den Aufbau einer privaten Grundschulklasse. Dabei soll Homeschooling mit Präsenzunterricht kombiniert werden, was in Russland möglich ist. Sie hat zwar noch keine geeigneten Mieträume gefunden, doch wurde eine bestehende Privatschule auf ihr Projekt aufmerksam. Diese Schule hat sie kürzlich zu Gesprächen eingeladen und ihr angeboten, allenfalls deren Leitung zu übernehmen. Maria ist zudem sehr versiert im Online-Marketing und unterstützt unsere Organisation beim Fundraising, was für uns sehr wertvoll ist.

Olga Kozlova ist Mutter dreier Kinder und war einige Jahre als Leiterin eines Warenlagers tätig. Nach der Geburt des dritten Kindes machte sie ihre Leidenschaft für das Nähen zum Beruf. Vor drei Jahren starb ihr Mann an einer Krebserkrankung. Seither bringt Olga ihre Familie allein durch, vor allem über den Verkauf von Kleidern aus ihrer Kundenschneiderei. Während der Weiterbildung entwickelte Olga mit ihrem Coach ein neues, zentrales Label: Dreiteiler in großen Größen für Frauen. Zurzeit ist Olga auf der Suche nach Stofflieferanten mit einem geeigneten Preis- und Qualitätsangebot. Wir werden Olga bei der Fotosession behilflich sein, bei der eine unserer Witwen als Model die neuen Kombinationen tragen wird.

### Wie wirkt sich die Covid-19-Pandemie auf Ihre Arbeit aus?

Nach wie vor finden die meisten unserer Anlässe online statt. Dazu zählen auch die psychologischen Unterstützungsgruppen, die allen Witwen, die sich an uns wenden, offenstehen. Fast jeden Monat startet eine neue Gruppe mit fünf bis acht Frauen unter der Leitung unserer erfahrenen Psychologen Elena Kartavenko und Nikolaj Ekimov. Einige der von uns betreuten Witwen haben ihren Mann in den letzten zwei Jahren durch die Pandemie verloren. Mit dem zwischenzeitlichen Abflauen der Pandemie im letzten Sommer konnten wir glücklicherweise auch wieder Ausflüge für die Witwen und ihre Kinder organisieren. Einige Frauen, die am Business-Kurs teilgenommen haben, sind momentan durch die starke Omikron-Welle in der Weiterführung ihres Projekts blockiert. Momentan erreichen die Fallzahlen jeden Tag neue Höchstwerte; der Höhepunkt der Omikron-Welle in Russland wird im Verlauf des Februars erwartet. Schwere Krankheitsverläufe sind zwar seltener geworden, doch erkranken derzeit besonders viele Kinder.



Für die Familien organisiert „Mit Rat und Tat“ Bootsausflüge.

Foto: Mit Rat und Tat

### Was hat sich „Mit Rat und Tat“ für dieses Jahr vorgenommen?

Besonders am Herzen liegt uns das Kinderprojekt, das wir 2021 gestartet haben. In dessen Rahmen erhalten Kinder und Jugendliche – einzeln oder gemeinsam mit der Mutter – altersgerechte psychologische Unterstützung bei der Verarbeitung des Verlusts ihres Vaters. Unser russlandweites Selbsthilfenetzwerk regional verankerter Witwengruppen wird ebenfalls fortgesetzt. Ein strategisches Ziel ist dabei, dass wir in kleinen Schritten eine Ausbildung für Spezialist:innen aus NGOs und staatlichen Sozialdiensten, zu deren Klienten Witwen gehören, entwickeln möchten, um deren Know-how bei der Beratung der Frauen zu verbessern. Dazu konnten wir vor einem Jahr den Grundstein legen, indem wir ein Rundtischgespräch mit Fachpersonen aus verschiedenen Einrichtungen organisierten. Im Zentrum unserer Arbeit wird natürlich weiterhin die Unterstützung von Witwen und deren Kindern stehen. Die Co-Leiterin Alexandra Starostenko und ich sowie die Mitarbeitenden unseres Teams (eine Sozialarbeiterin, zwei Psychologen, eine Juristin) leisten regelmäßig kostenlose individuelle Beratung, führen Webinare und Gruppenanlässe für Witwen durch.

### Wie entwickelt sich das Selbsthilfenetzwerk für Witwengruppen?

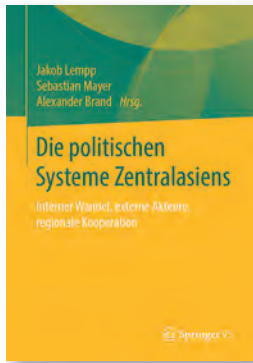
Im letzten Jahr erhielten wir Anfragen aus 44 verschiedenen russischen Regionen. Zudem kontaktierten uns sogar russischsprachige Witwen aus Nachbarländern und dem fernen Ausland. Insgesamt konnten wir im vergangenen Jahr rund 200 neuen und über 40 bisherigen Familien helfen. Unsere Ratgeberbroschüre, die wir zum Selbsthilfenetzwerk herausgeben, stößt auf große Nachfrage. Von unserer Internetplattform wurde sie mehrere hundertmal heruntergeladen. Momentan sammeln wir Mittel, um erneut Einführungs-Webinare, Kurse und Supervision für interessierte Witwen durchzuführen, damit sie in ihrer Region eine Selbsthilfegruppe aufbauen können. Nina Rjabova, unsere Mitarbeiterin in Saratov, ist weiterhin als Projektkoordinatorin tätig.

Am 2. Februar konnten wir das fünfjährige Bestehen unserer Organisation feiern. In diesen fünf Jahren war das Institut G2W an unserer Seite. Die Arbeit von „Mit Rat und Tat“ wäre ohne diese Hilfe nicht möglich gewesen. Dafür möchten wir von Herzen Danke sagen!

**Sie können die Arbeit der Witwenhilfe „Mit Rat und Tat“ mit einer Spende auf das Konto des Instituts G2W (IBAN CH22 0900 0000 8001 51780) mit dem Vermerk „Mit Rat und Tat“ unterstützen.**

## Die politischen Systeme Zentralasiens

Jakob Lempp, Sebastian Mayer, Alexander Brand (Hg.)



**Die politischen Systeme Zentralasiens**  
**Interner Wandel, externe Akteure,**  
**regionale Kooperation**  
 Wiesbaden: Springer VS 2020, 380 S.  
 ISBN 978-3-658-31632-7. € 49.99; CHF 55.50.

Die Großregion Zentralasien ist – wie es ein Autor des Sammelbands formuliert – „paradoxiertweise zentral und peripher zugleich“ (S.20): Auf der einen Seite liegt sie geographisch im Herzen Asiens und spielte historisch eine zentrale Rolle beim Austausch zwischen Europa und Ostasien, auf der anderen Seite war sie aus Sicht historischer Zentren immer peripher; mit dieser Wahrnehmung und häufigem Unwissen hat die Region bis heute zu kämpfen.

Abhilfe verschafft der vorliegende lesenswerte Sammelband, dessen 21 Beiträge die politischen Systeme der fünf zentralasiatischen Republiken, innergesellschaftliche Entwicklungen, wichtige externe Akteure (Russland, China, EU und die USA), Formen regionaler Kooperation sowie Zukunftsperspektiven in den Blick nehmen.

Die fünf zentralasiatischen Länder haben alle ein präsidentielles Regierungssystem, wobei sich in der Praxis unterschiedliche Formen autoritärer Herrschaft, häufig mit einem Personenkult um den jeweiligen Präsidenten verbunden, etabliert haben. Mit Blick auf Demokratisierungsprozesse weist Shirin Tumenbaeva auf gewichtige innenpolitische Hemmfaktoren hin, die eine Änderung der derzeitigen Herrschaftspraxis unwahrscheinlich machen, dennoch ließen sich in Kasachstan und Kirgistan auch Beispiele für bürgerschaftliches Engagement ausmachen (S.132). Kirgistan ist auch das einzige zentralasiatische Land, das es bei der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ in die Top 100 geschafft hat; trauriges Schlusslicht ist Turkmenistan, das 2019 weltweit den letzten Platz hinter Nordkorea belegte.

Außenpolitisch ist Russland nach wie vor der wichtigste Partner für die zentralasiatischen Staaten in sicherheitspolitischer, kulturell-historischer und wirtschaftlicher Hinsicht, auch wenn das Land seit der Sowjetzeit an Einfluss verloren hat. Die Beziehungen zwischen Russland und China in Zentralasien ließen sich dabei nicht auf einfache Gegensätze reduzieren, sondern als „Mischungsverhältnis aus Freundschaft und Animosität (*frienimosity*)“ charakterisieren (S.232). Die regionale Kooperation der zentralasiatischen Staaten in den Politikfeldern Sicherheit, Handel, Umwelt und Bildung hält sich in Grenzen. Die Sicherheitszusammenarbeit habe in den letzten Jahrzehnten zwar zugenommen, bleibe aber moderat. Insbesondere bei der Versorgung mit Wasser wäre eine regionale Kooperation geboten, doch konnten sich die Länder „bisher nicht auf effektive, grenzüberschreitende Regeln einigen. Es ist auch bisher nicht gelungen, Institutionen einzurichten, die verbindliche Regeln für die Wassernutzung in der Region setzen und kontrollieren“ (S.338).

Stefan Kube

## The European Union, China and Central Asia

Fabienne Bossuyt, Bart Dessein (eds.)



**The European Union, China and Central Asia**  
**Global and Regional Cooperation in a New Era**  
 London: Routledge 2022, 293 S.  
 ISBN 9781003022336 (ebk). € 40.99; CHF 52.90.

Die Wiedererfindung der Seidenstraße im Rahmen der chinesischen *Belt and Road Initiative* (BRI) betrifft auch wesentlich die Länder Zentralasiens. Seit der chinesische Präsident Xi Jinping auf seiner Zentralasien-Tour 2013 seine Pläne für einen „Silk Road Economic Belt“ vorgestellt hat, ist der chinesische Einfluss in der Region merklich gewachsen. Es zeichnet sich somit ein Wandel von einer

„post-sowjetischen“ zu einer „prä-chinesischen“ Region ab (S.121). Diese Situation eröffnet laut den Herausgebern von der belgischen Universität Gent Perspektiven für positive Entwicklungen und „glokale“ Kooperationen und Synergien (S.251 f.), berge aber auch die Gefahr multipolarer geopolitischer Machtkämpfe (S.134).

Neben China und Russland steht die Rolle der EU im Zentrum, die zwar „geopolitisch gegenüber Russland und China in der Region die zweite Geige spiele“ (S.8), in der Region aber immerhin die führende Akteurin hinsichtlich Handelsbeziehungen, Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit ist (S.71, 161). China ist Hauptabnehmer der zentralasiatischen Erdgasressourcen und wichtiger Stakeholder im Ölsektor (S.173). Russlands ursprünglich negative Haltung gegenüber der BRI hat 2014 aufgrund der westlichen Sanktionen eine Reorientierung erfahren (S.102–103, 225). Auch was die Sicherheitspolitik (S.162) und kulturelle „soft power“ (S.189, 209) betrifft, ist Russland ein Hauptakteur in Zentralasien geblieben.

Im Band präsentieren 14 Beiträge vorhandene Initiativen, Strukturen und deren Entwicklungschancen in drei Teilen, die sich den historischen Kontexten, den geopolitischen und geoökonomischen sowie den sozio-kulturellen und institutionellen Bedingungen widmen. Erhellend sind die Analysen zur sich wandelnden historischen Wahrnehmung Zentralasiens aus chinesischer, europäischer und russischer Sicht. Angesichts der BRI überrascht die eher marginale Stellung der Zentralasien-Studien in China. Mehrfach zur Sprache kommt die vorhandene „Sinophobie“, das Misstrauen der zentralasiatischen Bevölkerungen gegenüber chinesischen Machtansprüchen (verstärkt durch die Repressionen gegen ethnische Minderheiten in Xinjiang (S.193)). Dies stelle ein großes Hindernis für die chinesische BRI dar (S.188). Zudem gebe es eine Skepsis gegenüber russischen Hegemoniebestrebungen im Rahmen eines „Größeren Eurasiens“ (S.221), was eine Chance für „good governance“-Praktiken der EU bietet (S.240).

Regula Zwahlen

## Bilderfronten

Markus Mirschel



### Bilderfronten

Die Visualisierung der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979–1989  
(= Osteuropa in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5)  
Köln: Böhlau Verlag 2019, 570 S.  
ISBN 978-3-412-51495-2. € 85.–; CHF 115.–.

In seiner Dissertation untersucht Markus Mirschel die fotografische Darstellung der sowjetischen Intervention in Afghanistan anhand offizieller Pressefotografien. Dabei vergleicht er zwei Zeitungen: die *Krasnaja Zvezda*, das zentrale Presseorgan des sowjetischen Verteidigungsministeriums, und die *Pravda*, das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und somit der obersten politischen Instanz des Landes. Die Untersuchung verbindet

Visual History mit medienhistorischen Fragestellungen und Aspekten der sowjetischen Sicherheitspolitik und Kulturgeschichte. Anhand der Auswertung der Bildquellen kann der Verfasser die ideologische Darstellung in den Printmedien nachzeichnen, die zunehmend den Erfahrungen des realen Konflikts widersprach und sich über die Jahre wandelte.

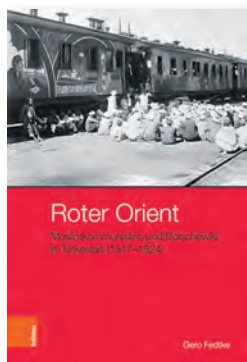
In der *Krasnaja Zvezda* nahm der Afghanistan-Konflikt wesentlich mehr Raum ein – sie veröffentlichte fast zehn Mal mehr Fotografien zum Thema als die *Pravda* –, wobei sich laut dem Verfasser auch die visuellen Strategien der beiden Zeitungen unterschieden. Dies ist unter anderem der unterschiedlichen Ausrichtung der beiden Medien geschuldet. So habe die *Pravda* als Parteiorgan wesentlich mehr Themen abdecken müssen und sich an ein nationales wie auch internationales Publikum gerichtet. Die *Krasnaja Zvezda* hingegen sei als Militärzeitung zwar auch von Zivilisten gelesen worden, habe aber den Fokus stärker auf das Militär und seine Angehörigen gelegt, die Intervention in Afghanistan zu einem zentralen Thema gemacht und damit eine wesentlich klarere Strategie verfolgt.

Interessant ist der Versuch, den Konflikt anhand der fotografischen Quellen neu zu periodisieren. Bisherige Einteilungen beruhen auf militärischen oder politischen Aspekten, wie den Wechseln an der Spitze der KPdSU oder in der afghanischen politischen Führung. Mirschel gelangt dabei zu einer Einteilung in vier Phasen, die er als „Weg in die Intervention“ (1979), „Phase des visuellen Aufbaus“ (1980–1983), „Phase der visuellen Strategielosigkeit“ (1984–1985) und „Phase der visuellen Anpassung“ (1986–1989) benennt. Innerhalb dieser Periodisierung untersucht er die Bildsprache der einzelnen Jahre in separaten Kapiteln. Wertvoll sind die zahlreichen im Buch enthaltenen fotografischen Quellen und ihre ausführliche Analyse entsprechend soliden methodischen Grundlagen. Die Kontextualisierung der fotografischen Quellen mit den politischen, gesellschaftlichen und militärischen Entwicklungen ist ebenfalls gelungen. Etwas isoliert bleiben die Kapitel zur sowjetischen Fotografie- und Stilgeschichte, bei denen eine bessere Verzahnung mit dem Rest der Untersuchung wünschenswert gewesen wäre.

Natalija Zenger

## Roter Orient

Gero Fedtke



Roter Orient  
Muslimkommunisten und Bolschewiki in Turkestan (1917–1924)  
Wien: Böhlau Verlag 2020, 471 S.  
ISBN 9783412513238. € 60.–; CHF 81.90.

Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Turkestan (ASSR) wurde 1918 auf dem Gebiet des ehemaligen Generalgouvernements Turkestan ausgerufen. 1925 resp. 1929 wurden hier die Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan gegründet. Das vorliegende Buch ist eine neue Arbeit über die Etablierung der Sowjetmacht in Zentralasien und vertritt die These, „dass der Status Zentralasiens im Sowjetstaat mit dem Begriff Kolonie

nicht zutreffend beschrieben ist“ (S. 18). Es differenziert das Bild, das u. a. vom sowjetischen Agitationszug namens „Roter Orient“ vermittelt wird, dessen Crew die einheimische muslimische Bevölkerung belehren und die Strukturen der lokalen Machthaber auf Kurs bringen sollte. Fedtke untersucht die sog. Muslimkommunisten als Akteure eigenen Rechts, die sich zwischen 1917 und 1920 in Auseinandersetzung mit den revolutionären Siedlern (den „Turkestan-cy“) und der Zentralgewalt (den Bolschewiki) relativ große Einflussmöglichkeiten als Herrschaftsträger erkämpften.

Der Begriff „Muslim“ verweist im Falle der Muslimkommunisten nicht primär auf die Religion, sondern galt bereits im Zarenreich als Synonym für „Einheimische Turkestans“ (S. 16). Neu ist Fedtkes Ansatz, die nichtrussischen Akteure nicht in erster Linie als Vertreter nationaler Bewegungen zu untersuchen, sondern als Progressisten mit eigenen Modernisierungsabsichten. Dazu gehörten die Gründung von Schulen (S. 261) und das antikoloniale Fortschrittsprojekt, aus nomadischen Viehzüchtern sesshafte Ackerbauern zu machen

(S. 416). Eine typischer Muslimkommunist hatte einen russischen Schulabschluss und übte eine Übersetzertätigkeit in der einheimischen Verwaltung aus, was ihm nach den Revolutionen von 1917 steile Aufstiegschancen bot (S. 64). Die Bildung zahlreicher bolschewistischer und kommunistischer Organisationen in Turkestan war eine Bewegung „von unten“ und stieg zwischen 1918 und 1920 rapide an (S. 195). In dieser Zeit versuchte man auch, sozialistische Tendenzen im Islam zu erkennen (S. 205–206), während die Maßnahmen gegen die sog. „Traditionalisten“ verschärft wurden (S. 199).

So kommt Fedtke mittels seiner Darstellung der diversen Akteurgruppen in komplexen Umständen (Aufstände, Bürgerkrieg, Umsiedlungen, Hungersnöte) nach acht Kapiteln zum Schluss, dass die Zentralgewalt, deren Hauptinteresse der Baumwolle für die sowjetische Textilindustrie galt (S. 267), in Turkestan ihre Visionen in enger Auseinandersetzung mit den muslimischen Kommunisten vor Ort konkretisierte.

Regula Zwahlen

## Studienreise nach Rumänien

6. Juni – 15. Juni 2022



1. Tag: Anreise nach Bukarest
2. Tag: Die politische Situation in Rumänien
3. Tag: Die religiöse Situation in Rumänien
4. Tag: Besichtigung von Braşov / Kronstadt
5. Tag: Wanderung in den Karpaten und Fahrt nach Câmpulung Moldovenesc
6. Tag: Besichtigung der Moldauklöster
7. Tag: Besichtigung von Sighişoara / Schässburg
8. Tag: Besichtigung von Sibiu / Hermannstadt
9. Tag: Siebenbürgen in Vergangenheit und Gegenwart
10. Tag: Rückreise von Sibiu nach Zürich

Studienreise in Kooperation mit der Paulus Akademie Zürich.  
Weitere Informationen auf [www.g2w.eu](http://www.g2w.eu).

### IMPRESSUM

**Herausgeber** Institut G2W. Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West

Bederstrasse 76, CH-8002 Zürich

Tel.: +41 44 342 18 19

[sekretariat@g2w.eu](mailto:sekretariat@g2w.eu) | [www.g2w.eu](http://www.g2w.eu)

**Redaktion** Stefan Kube, dipl. theol. (Chefredakteur),

Dr. phil. Regula Zwahlen Guth, Natalija Zenger, lic. phil.

[redaktion@g2w.eu](mailto:redaktion@g2w.eu)

**Projektverantwortliche** Regula Spalinger, lic. phil.

Die Meinung der namentlich zeichnenden Verfasser braucht nicht mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

**Erscheinungsweise** monatlich ISSN 2235-2465

**Bezugspreis** Jahresabonnement CHF 95.–/€ 81.–;

Abonnement für Studierende CHF 50.–/€ 42.–; Einzelheft CHF 15.–/€ 13.–

**Bezugsbedingungen** Bestellungen sind an das Institut G2W zu richten.

Das Abo gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich, wenn es nicht bis zum 15. November schriftlich beim Institut G2W gekündigt wird.

**Konten** Postcheck-Konto Zürich 80-15178-0,

IBAN CH22 0900 0000 8001 51780, BIC POFICHBEXXX

Postbank Karlsruhe, IBAN DE58 6601 0075 0070 3467 57, BIC PBNKDEFF

**Produktion** Thomas Stark, Neuberg (A)

**Druck** Druckerei Konstanz GmbH

**Verein G2W – Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West**

**Präsidentin** Dr. phil. Rahel Černá-Willi

**Aktuarin** Eva Gysel, Wilchingen

**Redaktionsverantwortlicher** Jan-Andrea Bernhard

**Jahresbeiträge, Mitgliedschaften: Kollektiv-A** CHF 400.–, einschließlich 3 Abo, **Kollektiv-B** CHF 200.–, einschließlich 1 Abo;

**Einzelmitglieder** (ohne Abo) CHF 50.–. In den meisten Kantonen können freie Zuwendungen an G2W bis zu 70% in Abzug gebracht werden (bei zweckgebundenen Spenden für die Projektarbeit zu 100%).

**G2W – Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West – Deutsche Sektion e.V.**

**Präsidentin** Senta Zürrn

**Geschäftsführer** Vladislav Atanassov, Nürtingen

**Jahresbeiträge Korporativmitglieder** € 150.–, einschließlich 2 Abo

**Einzelmitglieder** € 85.–, einschließlich 1 Abo

**Konto** Postbank Hamburg, IBAN DE96 2001 0020 0003 3282 09, BIC PBNKDEFF

G2W – Deutsche Sektion e.V. ist laut Bescheid des Finanzamtes Magdeburg vom 18.07.2019 von der Körperschaftsteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient.